

Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

2.25

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com

Die Würde des Menschen ist unantastbar, das ist der wunderbare erste Satz der deutschen Verfassung. Daran muss in Zeiten der schamlosen Beleidigungen im Netz immer wieder erinnert werden und es ist dem italienischen Staat hoch anzurechnen, dass es als erster Staat überhaupt ein Gesetz gegen Deepfakes erlassen hat (S. 2). In Deutschland fehlt oft das rechte Maß zwischen der Toleranz des Intollerierbaren und einer Überreaktion des Staates. Die vielen noch bestehenden Konflikte zwischen Ost und West müssten sich so schnell lösen können, wie seinerzeit der Fall der Berliner Mauer; es müsste ein richtiger Zettel zur richtigen Zeit am richtigen Ort verlesen werden; dieser wäre dann sicher mehr wert als 25.000 Euro (auch S.2)!

La dignità dell'uomo è intangibile: questa è la meravigliosa prima frase della Costituzione tedesca. In tempi di insulti spudorati in rete è necessario ricordarlo continuamente ed è merito dello Stato italiano essere stato il primo Paese in assoluto a promulgare una legge contro i deepfake (pag. 2). In Germania spesso manca il giusto equilibrio tra la tolleranza dell'intollerabile e una reazione eccessiva da parte dello Stato. I numerosi conflitti ancora esistenti tra Est e Ovest dovrebbero poter essere risolti rapidamente, come nel caso della caduta del muro di Berlino; bisognerebbe leggere il foglietto giusto al momento giusto e nel posto giusto; questo avrebbe sicuramente un valore superiore a 25.000 euro (anche pag. 2)!

Aus dem Inhalt - All'interno

Zeitgeschichte: Historische Zettel	2
Ultime dall'Italia: Camerieri sconosciuti	3
Familienrecht: Zulässigkeit von Eheverträgen	4
Informationen per colleghi: Adeguatezza della tariffa oraria	5
Arbeitsrecht: Mystery Shopping	6
Interculturale: Poveri bimbi soli nei treni	7
Immobilien: Mehr Käuferschutz in Italien	8
Pagina Immobiliare: Rinunciare ad una casa	9
Neues aus Europa: Real Madrid-Le Monde: 1:1	10
Distribuzione: Provvigione salva anche in tempi di virus	11
Verbraucherrecht: Gartenpflege Gratis	12
Automobile: Scomparsa in Italia, ritrovata in Germania	13
Geistiges Eigentum: Die Farben des Champagner	14
Diritto societario: La D&O non paga più	15
Test per giovani giuristi non vegani	16
Prüfungsaufgabe für nichtvegane junge Juristen	16



Der Perfekte Oberkellner! (Seite 2)
Il cameriere perfetto (Pag. 3)

NEUES AUS ITALIEN

KI Gesetz

Italien hat als erstes Mitgliedsland der EU am 23. September 2025 ein Gesetz über künstliche Intelligenz verabschiedet (legge 132/2025). Der Mandantenbrief wird hierzu ausführlicher berichten und die Unterschiede zum europäischen Rechtsrahmen vorstellen. In Bezug auf Rechtsanwälte und allen „professioni intellettuali“ wird die Nutzung der KI als Hilfsmittel genehmigt unter der Bedingung, dass die entscheidenden Arbeitsschritte dem Menschen vorbehalten werden. Wir berichteten schon mehrfach über die Reaktionen deutscher und italienischer Richter auf Schriftsätze von Kollegen, die mit Halluzinationen der KI gespickt waren und viele nicht existente Entscheidungen der obersten Gerichtsbarkeit zitierten. Böse erwischte hat es dabei einen italienischen Rechtsanwalt vor dem Arbeitsgericht Turin (Nr. 2120/2025 vom 16.09.2025). Er musste für den eingereichten Kauderwelsch jeweils 500 Euro Strafzahlung an jede beklagte Partei zahlen (Art. 96 Abs. 3 Italienische Zivilprozessordnung).

Old fashioned

Bei allen Betrugereien in der digitalen Welt ist man fast noch über die klassischen Täuschungen froh, die noch persönlichen Einsatz und die Kunst der Mimik erfordern. Neben den vielen falschen ENEL- Handwerkern, die durch Italiens Wohnungen ziehen, den falschen Carabinieri und den vielen unechten Pfarrern und Ordensbrüdern, ist von einer neuen Masche aus Neapel zu berichten. In vielbesuchten Lokalen kann es vorkommen, dass ein als Oberkellner gekleideter Mann an den Tisch kommt und die Gäste höflich fragt, ob sie zahlen wollen. Die Rechnung wird ausgestellt, das Geld kassiert und der Oberkellner verschwindet - zum Leidwesen des Wirtes und der echten Kellner im Lokal.

Deepfake in Italien verboten

In Italien hat das neue KI Gesetz (siehe dieses Heft) auch einen neuen Straftatbestand im italienischen Strafgesetzbuch eingeführt (Art. 612 -quater). Hier wird die unrechtmäßige Verbreitung von Deepfake-Inhalten (Bilder, Videos, Stimmen) unter Strafe gestellt, die mit KI erzeugt oder manipuliert wurden, wenn sie zur Täuschung geeignet sind und Schäden verursachen. Die italienische Ministerpräsidentin Georgia Meloni ist selbst ständig Opfer von Fakevideos, oft mit pornographischem Inhalt. Auch hier ist Italien das erste Land der EU mit einer entsprechenden Vorschrift.

NEUES AUS DEUTSCHLAND

Senile Notare

In Deutschland galt bislang eine Altersgrenze für Notare, die an ihrem 70. Geburtstag ihr Amt aufgeben mussten. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Entscheidung vom 23.9.2025 (1BvR 1796/23) nunmehr entschieden, dass die starre Altersgrenze nicht mit Art. 12 Abs. 1 Grundgesetz vereinbar ist.

NEUES AUS DER DIGITALEN WELT

Adieu Suchmaschine

Es wird keinem Leser entgangen sein, dass Google Suchanfragen nicht mehr ausschließlich mit der Auflistung von Links beantwortet, sondern mithilfe seiner KI, die Antworten vorgibt. Der Verkehr auf den Webseiten im deutschsprachigen Raum ist dadurch schon spürbar zurückgegangen. Es ist ein weiterer Schritt gegen das Selbstbestimmungsrecht des Verbrauchers und schließt insbesondere kleinere Produzenten aus Marktchancen aus.

Wie Müller und Gleisinger in ihrem Beitrag zur LTO vom 8.7.2025 zurecht ausführen, hat Google hier möglicherweise nicht nur einen Kartellverstoß begangen, sondern auch gegen das Diskriminierungsverbot des DMA (Digital Markets Act -Wettbewerbsverzerrung) und gegen das Transparenzgebot des DAS (Digital Services Act) verstoßen. Nicht zuletzt besteht auch eine Gefahr für die Medienvielfalt im Netz.

Google drohen zwar beträchtliche Bußgelder, es schreitet aber unbeeindruckt mit seiner Reform fort. Es ist vielleicht nicht mehr der Tag weit, dass Links von Drittanbietern überhaupt nicht mehr angeboten werden.

Facebook muss Profile löschen

Ein Mann hatte ein Facebook Profil eingerichtet, von dem er nichts anderes als Beleidigungen gegenüber einer Frau postete. Die Frau verlangte von Meta, dem Facebook Konzern, dass es nicht nur die einzelnen Posts löschen sollte, sondern die Quelle selbst, das ganze Profil. Meta wehrte sich, aber nicht erfolgreich. Das OLG Frankfurt (21.6.2025, 16 U 58/24) gab der Frau recht: Es erkannte den Anspruch auf endgültiges

Löschen der Profile und nicht nur auf das vorübergehende „offline nehmen“ an.. Der Anspruch hätte auch auf den nun in Kraft getretenen Art. 8 des Digital Services Act gestützt werden können; danach hat der Betreiber keine aktive Überprüfungspflicht, muss aber einschreiten, wenn die Rechtsverletzung bekannt wird.

LG Frankfurt am Main: Apples Smart Watch nicht klimaneutral

Das Phänomen des Green-Washing schlägt immer weitere Kreise und jetzt bewirbt auch Apple seine neue Uhr als klimaneutral. Bei der Herstellung und beim Transport würden Emissionen aufs Minimum reduziert werden, der kleine Rest würde über Kompensationsprojekte ausgeglichen. Die Deutsche Umwelthilfe, die dagegen klagte, wies darauf hin, die von Apple geförderten Projekte (Eukalyptusplantagen in Paraguay) alles andere als nachhaltig seien. Einen Effekt könnte erst nach mehreren 100 Jahren erzielt werden, während die Eukalyptusbäume alle 14 Jahre abgeholzt und vorwiegend verbrannt werden würden.

Das Landgericht gab in dem Urteil vom 26. August 2025, 3-06 O 8/24) den Umweltschützern recht. Die europäischen Verbraucher orientieren sich an das Pariser Klimaschutzabkommen und erwarten von einem Klimaneutralprodukt auch ein nachhaltiges Ergebnis.

Für Heiterkeit in der Redaktion hat demgegenüber eine Entscheidung des Landgerichts Berlin II (16.10.2025, Az. 52 O 53/25) gesorgt. Die FIFA hatte tatsächlich den Mut, die letzte Weltmeisterschaft in Qatar in vollklimatisierten Stadien mitten in der Wüste als „klimaneutral“ zu bewerben. Glücklicherweise siegt Frechheit nicht immer.

ZEITGESCHICHTE

Der Zettel, der die Berliner Mauer zu Fall brachte

Der Mauerfall am 9. November 1989 hatte folgende Vorgeschichte: In einer Pressekonzferenz stellten sich Vertreter der Regierung der DDR den Journalisten, um die neuen Ausreisebestimmungen zu erklären. Den Bürgern der DDR wurde grundsätzlich in Zukunft Freizügigkeit versprochen. Ein italienischer Journalist stellte zum Abschluss die Frage, wann denn die neuen Vorschriften in Kraft treten würden. Günter Schabowski, Mitglied des SED Politbüros und offensichtlich von unangemeldeten Fragen überrascht, schaute unsicher auf seinen vorbereiteten Zettel und erklärte den staunenden Journalisten: „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“ Hunderttausende von DDR-Bürgern nahmen die Ankündigung für bare Münze und liefen zur Mauer, die dem Ansturm der Massen nicht mehr gewachsen war.

Jetzt wird der Zettel, der die Geschichte Deutschlands verändert hat, im Haus der Geschichte in Bonn ausgestellt. Die Stiftung, die das Haus der Geschichte trägt, hat diesen Zettel 2015 für 25.000 Euro gekauft. Die Erben von Schabowski verlangen von der Stiftung Auskunft über die Namen der Verkäufer - die Stiftung wehrt sich mit dem Argument, dass sie Vertraulichkeit zugesagt hat. Das Verwaltungsgericht Köln hat der Stiftung zunächst recht gegeben, die Berufung vor dem Oberverwaltungsgericht Münster, das am 16. Dezember 2025 verhandeln wird, ist aber zugelassen worden. Wir werden berichten.



ULTIME DAL MONDO DIGITALE

Addio motore di ricerca

Nessun lettore avrà mancato di notare che Google non risponde più alle ricerche esclusivamente con un elenco di link, ma con l'aiuto della sua intelligenza artificiale, che fornisce le risposte. Il traffico sui siti web nell'area di lingua tedesca è già diminuito in modo significativo. Si tratta di un ulteriore passo contro il diritto all'autodeterminazione del consumatore e, in particolare, esclude i piccoli produttori dalle opportunità di mercato.

Come giustamente sottolineato da Müller e Gleisinger nel loro articolo pubblicato su LTO l'8 luglio 2025, Google potrebbe non solo aver violato le norme antitrust, ma anche il divieto di discriminazione del DMA (Digital Markets Act - distorsione della concorrenza) e l'obbligo di trasparenza del DAS (Digital Services Act). Non da ultimo, esiste anche un pericolo per la pluralità dei media in rete.

Google rischia molte considerevoli, ma continua imperterrita con la sua riforma. Forse non è lontano il giorno in cui i link di terze parti non saranno più offerti.

Facebook deve cancellare i profili

Un uomo aveva creato un profilo Facebook dal quale non faceva altro che postare insulti nei confronti di una donna. La donna ha chiesto a Meta, il gruppo Facebook, di cancellare non solo i singoli post, ma anche la fonte stessa, ovvero l'intero profilo. Meta ha opposto resistenza, ma senza successo. La Corte d'appello di Francoforte (21.6.2025, 16 U 58/24) ha dato ragione alla donna: ha riconosciuto il diritto alla cancellazione definitiva dei profili e non solo alla loro

temporanea "disattivazione". La richiesta avrebbe potuto essere basata anche sull'articolo 8 del Digital Services Act, ora in vigore, secondo il quale il gestore non ha alcun obbligo di controllo attivo, ma deve intervenire quando viene a conoscenza della violazione.

Tribunale di Francoforte sul Meno: lo smartwatch di Apple non è climaticamente neutrale

Il fenomeno del greenwashing sta prendendo sempre più piede e ora anche Apple pubblicizza il suo nuovo orologio come climaticamente neutrale. Durante la produzione e il trasporto, le emissioni sarebbero ridotte al minimo e il piccolo residuo sarebbe compensato da progetti di compensazione. L'organizzazione Deutsche Umwelthilfe, che ha presentato ricorso contro questa affermazione, ha sottolineato che i progetti promossi da Apple (piantagioni di eucalipto in Paraguay) sono tutt'altro che sostenibili. Un effetto potrebbe essere ottenuto solo dopo diverse centinaia di anni, mentre gli alberi di eucalipto verrebbero abbattuti ogni 14 anni e prevalentemente bruciati.

Nella sentenza del 26 agosto 2025 (3-06 O 8/24), il Tribunale regionale ha dato ragione agli ambientalisti. I consumatori europei si orientano all'accordo di Parigi sul clima e si aspettano che un prodotto climaticamente neutrale abbia anche un risultato sostenibile.

Una decisione del Tribunale di Berlino II (16.10.2025, rif. 52 O 53/25) ha invece suscitato ilira nella redazione. La FIFA ha infatti avuto il coraggio di pubblicizzare l'ultimo campionato mondiale in Qatar, disputato in stadi completamente climatizzati nel mezzo del deserto, come "climaticamente neutrale". Fortunatamente, l'audacia non sempre vince.

ULTIME DALL'ITALIA

Legge sull'IA

L'Italia è stato il primo Stato membro dell'UE ad approvare il 23 settembre 2025 una legge sull'intelligenza artificiale (legge 132/2025). La Lettera ai clienti fornirà maggiori dettagli al riguardo e illustrerà le differenze rispetto al quadro giuridico europeo. Per quanto riguarda gli avvocati e tutte le "professioni intellettuali", l'uso dell'IA come strumento ausiliario è consentito a condizione che le fasi decisive del lavoro siano riservate all'uomo. Abbiamo già riferito più volte delle reazioni dei giudici tedeschi e italiani alle memorie dei colleghi, che erano piene di "allucinazioni" dell'IA e citavano molte decisioni inesistenti della giurisprudenza suprema. Una brutta sorpresa ha coinvolto un avvocato italiano avanti al Tribunale del lavoro di Torino (n. 2120/2025 del 16.09.2025). Ha dovuto pagare una sanzione di 500 euro a ciascuna delle parti convenute per il gergo incomprensibile utilizzato prodotto dalla IA (art. 96 comma 3 del codice di procedura civile italiano).

Old fashioned

Con tutte le truffe nel mondo digitale, si è quasi contenti delle classiche frodi che richiedono ancora impegno personale e l'arte della mimica. Oltre ai numerosi falsi tecnici ENEL che girano per le case italiane, ai falsi Carabinieri e ai numerosi falsi sacerdoti e religiosi, c'è da segnalare una nuova truffa proveniente da Napoli. Nei locali molto frequentati può capitare che un uomo vestito da capo cameriere si avvicini al tavolo e chieda cortesemente agli ospiti se desiderano pagare. Il conto viene emesso, il denaro incassato e il capo cameriere scompare, con grande disappunto del proprietario e dei veri camerieri del locale.

Deepfake vietato in Italia

In Italia, la nuova legge sull'IA (vedi questo numero) ha anche introdotto un nuovo reato nel codice penale italiano (art. 612-quater). Secondo tale articolo di legge, è punibile la diffusione illegale di contenuti deepfake (immagini, video, voci) generati o manipolati con l'IA, se sono idonei a ingannare e causare danni. La presidente del Consiglio italiano Giorgia Meloni è lei stessa vittima costante di video falsi, spesso con contenuti pornografici. Anche in questo caso l'Italia è il primo paese dell'UE ad avere una normativa in materia.

ULTIME DALLA GERMANIA

Notai attempted

In Germania era previsto un limite di età per i notai, che dovevano lasciare la loro carica al compimento dei 70 anni. Con sentenza del 23 settembre 2025 (1BvR 1796/23), la Corte costituzionale federale ha ora stabilito che il rigido limite di età non è compatibile con l'articolo 12, paragrafo 1, della Costituzione.

STORIA CONTEMPORANEA

Il foglietto che ha portato alla caduta del muro di Berlino

La caduta del muro il 9 novembre 1989 ebbe i seguenti antecedenti: in una conferenza stampa, i rappresentanti del governo della DDR si presentarono ai giornalisti per spiegare le nuove norme in materia di espatrio. Ai cittadini della DDR fu promessa in linea di principio per il futuro la libertà di circolazione. Alla fine, un giornalista italiano chiese quando sarebbero entrate in vigore le nuove norme. Günter Schabowski, membro del Politbüro del SED, chiaramente sorpreso dalle domande inaspettate, guardò con aria incerta il foglietto che aveva preparato e dichiarò ai giornalisti stupiti: "Per quanto ne so... è immediato, senza indugio". Centinaia di migliaia di cittadini della DDR presero l'annuncio alla lettera e corsero al muro, che non riuscì a reggere l'assalto della folla.

Ora il foglietto che ha cambiato la storia della Germania è esposto nella Haus der Geschichte (Casa della Storia) a Bonn. La fondazione che gestisce la Haus der Geschichte ha acquistato questo foglietto nel 2015 per 25.000 euro. Gli eredi di Schabowski chiedono alla fondazione di rivelare i nomi dei venditori, ma la fondazione si oppone sostenendo di aver garantito la riservatezza. Il Tribunale amministrativo di Colonia ha inizialmente dato ragione alla fondazione, ma è stato ammesso il ricorso dinanzi al Tribunale amministrativo superiore di Münster, che si pronuncerà il 16 dicembre 2025. Vi terremo aggiornati.



INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

Italien: Prozessvollmachten auch in anderen Sprachen

Der Kassationshof hat mit seiner Entscheidung der vereinigten Senate vom 02.07.2025 (17876/2025) entschieden, dass sich die Vorschrift des Art. 120 Abs. 1 italienische Zivilprozessordnung, nach der für das gesamte Verfahren italienische Sprache vorgeschrieben wird, sich nicht auf sogenannte vorbereitende Rechtshandlungen bezieht; Vollmachten können daher auch beispielsweise in deutscher Sprache verfasst werden.

BGH: Auch EU-Kollegen müssen BEA nutzen

Ein österreichischer Kollege hatte einem deutschen Gericht in einem Vollstreckungsverfahren ein Schriftsatz auf herkömmlichem Wege übersandt und das besondere elektronische Anwaltspostfach (BEA) nicht genutzt. Der BGH hat klargestellt, dass das deutsche Gericht den Schriftsatz zu Recht nicht beachtet hat. Auch ausländische Anwälte - so italienische - die mit deutschen Gerichten korrespondieren möchten, sind zur Nutzung des BEA verpflichtet (BGH vom 15.5.2025, IX ZB 1/24).

Befangenheit des Richters bei Versendung eines Urteilsentwurfs

Überarbeitete Mitarbeiter der Geschäftsstelle versenden oft Schriftstücke an die falschen Parteien, wie

alle Kollegen aus Deutschland bestätigen können. In einem Fall wurde ein Urteilsentwurf einer Richterin versandt, aus der hervorging, dass sie beabsichtigte, einer Räumungsklage stattzugeben – noch während des Prozesses. Die Richterin merkte den Fehler und teilte den Parteien mit, sie sollten den Entwurf einfach ignorieren. Der Prozessvertreter der betroffenen Mieterin stellte daraufhin einen Befangenheitsantrag, der vom Landgericht zurückgewiesen, aber vom Oberlandesgericht dann stattgegeben wurde.

Für die Annahme der Befangenheit kommen objektive Gründe in Betracht, die darauf schließen lassen können, dass der Richter in der Sache nicht unvoreingenommen und unparteiisch entscheiden werde. Zwar seien Urteilsentwürfe in der Justiz üblich und die Richterin habe darauf hingewiesen, dass sie den Entwurf nicht selbst übersandt habe: Der Eindruck, dass für die Richterin das nachfolgende Verfahren nur dazu diene, ihr voreingenommenes Ergebnis noch besser begründen zu können, sei aber nicht von der Hand zu weisen. (OLG Frankfurt am Main, Beschl. V. 04.06.2025, 9 W 13/25)

Angemessenheit des Zeithonorars

Der BGH hatte in einer Entscheidung vom 8.5.2025 (IX ZR 90/23) Gelegenheit, seine Rechtsprechung zur

Angemessenheit von Zeithonoraren zu erläutern. Soweit das Zeithonorar nicht mehr als das fünffache der gesetzlichen Gebühren betrage, müsse der Mandant darlegen und beweisen, dass es unangemessen sei. Danach dreht sich die Beweislast um. Beträgt der Faktor 6, trägt Rechtsanwalt die Beweislast.

Italien: Neue Berufsordnung für Rechtsanwälte

Die italienische Regierung hat im September 2025 die neue Berufsordnung für Rechtsanwälte verabschiedet (Riforma della professione forense). Unter anderem wird das anwaltliche Berufsgeheimnis gestärkt, die Berufsausübung mit Vertretern von anderen Berufen wird ermöglicht, Rechtsanwälte werden in Zukunft auch Geschäftsführer oder Vorstand von Kapitalgesellschaften werden können und vieles mehr.



FAMILIENRECHT: Der Kassationsgerichtshof entscheidet über die Zulässigkeit von Eheverträgen

Mit dem Beschluss Nr. 20415 vom 21. Juli 2025 entscheidet der Kassationsgerichtshof über eines der umstrittensten Themen des italienischen Familienrechts: Die Gültigkeit von Vereinbarungen zwischen Ehegatten, mit denen sie ihre Vermögensverhältnisse im Falle einer zukünftigen Trennung oder Scheidung im Voraus regeln. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs bestätigt eine im Laufe der Jahre entwickelte Ausrichtung, die die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Ehegatten wertschätzt und den Spielraum für Verhandlungsautonomie innerhalb der Grenzen der unveräußerlichen Rechte erweitert.

Der Fall geht auf eine private Vereinbarung zurück, mit der die Ehegatten während ihrer Ehe ihre gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen geregelt hatten. Die Ehefrau erkannte ihrem Ehemann bestimmte Vermögenswerte zu, der sich im Falle einer Trennung verpflichtete, ihr einen Betrag als Anerkennung für ihren finanziellen Beitrag zur Familie und zur Renovierung der ausschließlich im Eigentum des Ehemanns stehenden Immobilie zu zahlen.

Nach der Trennung beantragte der Ehemann die Nichtigkeit der Vereinbarung wegen Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung und zwingende gesetzliche Vorschriften (Art. 143 und 160 des italienischen Zivilgesetzbuches) und machte geltend, dass es sich um unzulässige Vermögensvereinbarungen handele.

Das Gericht von Mantua und anschließend das Berufungsgericht von Brescia wiesen den Antrag zurück und betrachteten die in der privaten Urkunde festgelegte

Verpflichtung als Ausdruck eines von beiden Parteien gewünschten wirtschaftlichen Gleichgewichts. Die Angelegenheit wurde somit vor den Obersten Gerichtshof gebracht.

Unter Berufung auf eine mittlerweile gefestigte Rechtsprechung (u. a. Kassationsgericht Nr. 23713/2012; Nr. 5065/2021; Nr. 11012/2021; Nr. 13366/2024; Nr. 18843/2024) bekräftigt der Kassationsgerichtshof, dass Vereinbarungen, die bereits bestehende Vermögensverhältnisse zwischen Ehegatten regeln und deren Wirksamkeit von der aufschiebenden Bedingung einer möglichen Trennung oder Scheidung abhängt, gültig sind.

Nach Ansicht des Gerichts handelt es sich nicht um Eheverträge im technischen Sinne, sondern um atypische Verträge, die auf einem schutzwürdigen Interesse im Sinne von Art. 1322 Abs. 2 des italienischen Zivilgesetzbuches beruhen.

Die gerichtliche Kontrolle, zu der der Richter aufgefordert ist, betrifft nicht den Inhalt der Vereinbarung, sondern ihre Rechtmäßigkeit: Sie ist gültig, wenn sie keine unveräußerlichen Rechte beeinträchtigt und keine zwingenden Vorschriften verletzt.

Der Gerichtshof trifft eine wichtige Unterscheidung, indem er feststellt, dass die zukünftige Ehekrise nicht der Grund für den Vertrag ist, sondern nur das Ereignis, das als aufschiebende Bedingung für dessen Wirksamkeit gilt. Die Vereinbarung fördert also nicht die Trennung, sondern regelt bereits festgelegte Verpflichtungen mit dem Ziel, Konflikte zu vermeiden.

Der Gerichtshof bekräftigt auch die Grenzen dieser Autonomie: Vereinbarungen, die darauf abzielen, die Bedingungen einer künftigen Scheidung im Voraus festzulegen, wie z. B. das Bestehen oder den Ausschluss von Unterhaltszahlungen, bleiben wegen Rechtswidrigkeit des Grundes unwirksam. Solche Vereinbarungen beeinträchtigen unveräußerliche Rechte und schränken die Freiheit der Ehegatten vor Gericht ein. Ebenso unterliegt die Wirksamkeit einer Vereinbarung, die minderjährige Kinder betrifft, der gerichtlichen Kontrolle zum Schutz des Kindeswohls.

Der Beschluss bietet Rechtssicherheit für die Rechtsspraktiker, indem sie Vermögensvereinbarungen, die vor oder während der Ehe geschlossen wurden, als gültig anerkennt, sofern sie sich auf bereits bestehende Vermögensverhältnisse beziehen, ausgewogen und fair sind und auf gegenseitigen Zugeständnissen beruhen, keine zwingenden Vorschriften oder unveräußerliche Rechte verletzen sowie den Schutz des wirtschaftlich schwächeren Ehegatten und der minderjährigen Kinder gewährleisten.

Der Richter kann zwar gültig abgeschlossene Vereinbarungen nicht ändern, muss jedoch deren Bedeutung im Gesamtkontext der wirtschaftlichen Verhältnisse der Parteien bewerten.

Daraus ergibt sich ein moderneres und pragmatischeres Modell der Regelung von Vermögensverhältnissen, das darauf abzielt, Konflikte zwischen Ehegatten zu vermeiden und die gegenseitige Verantwortung zu stärken.
VR

INFORMAZIONI PER COLLEGHI

Ricusazione del giudice in caso di invio di una bozza di sentenza

I dipendenti degli uffici giudiziari spesso inviano documenti alle parti sbagliate, come possono confermare tutti i colleghi tedeschi. In un caso, è stata inviata una bozza di sentenza di una giudice dalla quale risultava che intendeva accogliere una richiesta di sfratto, ancora durante il processo. La giudice si è accorta dell'errore e ha comunicato alle parti di ignorare semplicemente la bozza. Il rappresentante legale dell'inquilina interessata ha quindi presentato una richiesta di ricusazione, che è stata respinta dal tribunale regionale, ma poi accolta dalla corte d'appello.

Per l'accettazione della ricusazione possono essere prese in considerazione ragioni oggettive che possono far supporre che il giudice non deciderà in modo imparziale e obiettivo sulla questione. Sebbene le bozze di sentenza siano comuni nella magistratura e la giudice abbia sottolineato di non aver inviato lei stessa la bozza, non si può tuttavia escludere l'impressione che per la giudice il procedimento successivo servisse solo a giustificare ancora meglio il suo risultato pregiudiziale. (Corte d'appello di Francoforte sul Meno, decisione del 04.06.2025, 9 W 13/25)

Italia: procure anche in altre lingue

Con la sentenza delle Sezioni Unite del 2 luglio 2025 (17876/2025), la Corte di Cassazione ha stabilito che la disposizione dell'articolo 120, paragrafo 1, del codice di procedura civile italiano, secondo cui l'intera procedura deve essere condotta in lingua italiana, non si applica ai cosiddetti atti preparatori; le procure possono quindi essere redatte anche in lingua tedesca, ad esempio.

**Corte federale di cassazione: anche i colleghi dell'UE devono utilizzare la BEA**

Un collega austriaco aveva inviato a un tribunale tedesco una memoria in un procedimento esecutivo con le modalità tradizionali, senza utilizzare la casella di posta elettronica speciale per avvocati (BEA). La Corte federale di cassazione ha chiarito che il tri-

bunale tedesco ha giustamente ignorato la memoria. Anche gli avvocati stranieri, ad esempio quelli italiani, che desiderano corrispondere con i tribunali tedeschi sono tenuti a utilizzare la BEA (Corte federale di cassazione del 15.5.2025, IX ZB 1/24).

Adeguatezza dell'onorario orario

Nella sentenza dell'8 maggio 2025 (IX ZR 90/23), la Corte federale di cassazione tedesca ha avuto modo di illustrare la propria giurisprudenza in materia di adeguatezza degli onorari orari. Se l'onorario orario non supera il quintuplo delle tariffe legali, il cliente deve dimostrare e provare che esso è inadeguato. In tal caso, l'onere della prova si inverte. Se il fattore è pari a 6, l'onere della prova spetta all'avvocato.

Italia: nuovo codice deontologico per gli avvocati

Nel settembre 2025 il governo italiano ha approvato il nuovo codice deontologico per gli avvocati (Riforma della professione forense). Tra le altre cose, viene rafforzato il segreto professionale degli avvocati, viene reso possibile l'esercizio della professione con rappresentanti di altre professioni, in futuro gli avvocati potranno anche diventare amministratori delegati o membri del consiglio di amministrazione di società di capitali e molto altro ancora.

DIRITTO DI FAMIGLIA: La Cassazione interviene sull'ammissibilità degli accordi prematrimoniali

Con l'ordinanza n. 20415 del 21 luglio 2025, la Corte di Cassazione interviene su uno dei temi più dibattuti del diritto di famiglia italiano: la validità degli accordi stipulati tra coniugi per disciplinare in anticipo i loro rapporti patrimoniali in caso di futura ed eventuale separazione o divorzio. L'intervento della Suprema Corte conferma un orientamento, sviluppatosi nel corso degli anni, che valorizza l'autodeterminazione e l'autoresponsabilità dei coniugi, ampliando gli spazi di autonomia negoziale entro i limiti dei diritti indisponibili.

La vicenda trae origine da una scrittura privata con cui i coniugi, in costanza di matrimonio, avevano regolato i reciproci rapporti economici. La moglie riconosceva alcuni beni al marito, il quale, si impegnava, in caso di separazione, a versarle una somma a titolo di riconoscimento del contributo economico da lei apportato alla famiglia e alla ristrutturazione dell'immobile di proprietà esclusiva del marito.

Intervenuta la separazione, il marito chiedeva la nullità dell'accordo per contrarietà all'ordine pubblico e a norme imperative di legge (artt. 143 e 160 c.c.), sostenendo che si trattasse di patti patrimoniali illeciti.

Il Tribunale di Mantova prima e la Corte d'Appello di Brescia poi rigettavano la domanda, ritenendo l'obbligo, recepito con la scrittura privata, valido quale espressione di un equilibrio economico voluto da entrambe le parti. La questione giungeva così davanti alla Suprema Corte.

Richiamando un orientamento ormai consolidato (tra cui Cass. n. 23713/2012; n. 5065/2021; n. 11012/2021; n. 13366/2024; n. 18843/2024), la Cassazione ribadisce che sono validi gli accordi che disciplinano i rapporti patrimoniali già esistenti tra i coniugi, la cui efficacia sia sottoposta alla condizione sospensiva dell'eventuale separazione o divorzio.

Secondo la Corte, non si è di fronte a patti prematrimoniali in senso tecnico, bensì a contratti atipici, fondati su un interesse meritevole di tutela ai sensi dell'art. 1322, comma 2, c.c.

Il controllo giudiziale, che il giudice è chiamato a svolgere, non riguarda il merito dell'accordo, bensì la sua legittimità: esso è valido se non incide su diritti indisponibili e non viola norme imperative.

La Corte opera una importante distinzione affermando che la futura crisi coniugale non rappresenta la causa del contratto, ma solo l'evento posto come condizione sospensiva che ne attiva l'efficacia. L'accordo, quindi, non incentiva la separazione, ma regola obbligazioni già determinate, con finalità di prevenzione del conflitto.

La Corte riafferma anche i confini di questa autonomia: restano nulli per illiceità di causa gli accordi che mirano a predeterminare le condizioni del futuro divorzio, come la sussistenza o l'esclusione dell'assegno divorzile. Tali patti incidono su diritti indisponibili e comprimono la libertà di difesa dei coniugi in giudizio. Analogamente, quando l'accordo coinvolge figli

minori, la sua efficacia è comunque subordinata al controllo giudiziale a tutela del superiore interesse del minore.

L'ordinanza offre un quadro di certezza agli operatori del diritto, riconoscendo dignità ai contratti di regolamentazione patrimoniale stipulati in costanza di matrimonio purché attengano a rapporti patrimoniali già esistenti, siano equilibrati, equi e fondati su reciproche concessioni, non violino norme imperative o diritti indisponibili e rispettino la tutela della parte economicamente più debole e dei figli minori.

Il giudice, pur non potendo modificare patti negoziali validamente conclusi, resta comunque chiamato a valutarne la rilevanza nel quadro complessivo delle condizioni economiche delle parti.

Ne emerge un modello più moderno e pragmatico della regolamentazione dei rapporti patrimoniali teso appunto a prevenire il conflitto tra coniugi e valorizzare la responsabilità reciproca. VR



Coppia prematrimoniale in cerca di accordo

ARBEITSRECHT

Italien: Hohe Abfindung auch in Kleinbetrieben

Das italienische Arbeitsrecht sah in einer seiner letzten Reformen („Jobs Act“) vor, dass in sogenannten Kleinbetrieben (weniger als 15 Mitarbeiter) ein ungerechtfertigt gekündigter Arbeitnehmer einen Abfindungsanspruch von bis zu 6 Bruttomonatsgehälter erwerben konnte. Der italienische Verfassungsgerichtshof sah in seiner Entscheidung vom 21. Juli 2025, Nummer 118, diese Höchstgrenze als eine ungerechtfertigte Diskrimination an, da in Großbetrieben der Abfindungsanspruch nach den Kollektivverträgen bis zu 24 Monatsgehälter betragen kann. Nunmehr sind also Arbeitnehmer in Kleinbetrieben gleich zu behandeln.

Eine rechtsvergleichend interessante Entscheidung, da in Deutschland Kleinbetriebe (hier höchstens 10 Arbeitnehmer) die Mitarbeiter überhaupt keinen Kündigungsschutz genießen.

Ansprüche des Arbeitnehmers nach Art. 82 Abs. 1 DSGVO

Die Fälle, in denen Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber Anspruch immateriellen Schadensersatz wegen Verletzung des Datenschutzes geltend machen, häufen sich in Deutschland beträchtlich. In einer Betriebsvereinbarung wurde dem Arbeitgeber gestattet, Namen, Eintrittsdatum, Arbeitsort sowie geschäftliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse an ein Personalverwaltungsunternehmen zu übermitteln, das zu Testzwecken ein neues Abrechnungsverfahren im Unternehmen einführen sollte. Der Arbeitgeber gab darüber hinaus aber u.a. auch das Geburtsdatum des Arbeitnehmers und seine private Wohnanschrift weiter.

Der Arbeitnehmer beantragte Ersatz seines immateriellen Schadens über die unberechtigte Übermittlung in Höhe von 3.000,00 Euro. Während er in den Vorinstanzen damit keinen Erfolg hatte, erkannte das Bundesarbeitsgericht mit Entscheidung vom 8. Mai 2025 (8 AZR 209/21) immerhin einen Schaden in Höhe von 200,00 Euro an.

Wie unseren Leser sicherlich schon bekannt ist, sind die Beträge, die deutsche Gerichte für immateriellen Schadensersatz aussprechen, erheblich niedriger als die der italienischen Gerichte. Die deutsche Rechtsprechung hält ihre eigenen Bürger für sehr leidensfähig.

Kein Urlaubsverzicht durch Prozessvergleich

Das Bundesarbeitsgericht hat in seiner Entscheidung vom 3.6.2025 (9 AZR 104/24) erneut darauf hingewiesen, dass der Arbeitgeber den Urlaub des Arbeitnehmers nicht abgelten kann, soweit es möglich ist, diesen noch in Natura zu nehmen. Vorsicht also für alle Arbeitgeber, die entsprechenden Vergleiche schließen. Der Anspruch des Arbeitnehmers bleibt in jedem Fall bestehen.

Mystery Shopping

Eine italienische Supermarktkette hat drei Kassierer nach einem „Test mit dem falschen Kunden“ entlassen, bei dem ein Mitarbeiter des Arbeitgebers sich als Käufer ausgab und kleine Produkte im Einkaufswagen versteckte, um die Aufmerksamkeit des Personals zu prüfen. Die Gewerkschaften kritisieren eine unrealistische Methode: Lippenstifte oder Mascara sollen in geschlossenen Verpackungen oder zwischen

größeren Schachteln versteckt worden sein, sodass es beim Scannen nahezu unmöglich war, sie zu bemerken – und die Beschäftigten künstlich in eine Fehlerfalle geraten seien.

Der Test fällt unter die Praxis des Mystery Shoppings, die zulässig ist, wenn sie der Bewertung der Servicequalität dient, aber problematisch wird, wenn sie zu einer indirekten Kontrolle der Arbeitsleistung führt. Das Arbeitnehmerstatut erlaubt verdeckte Kontrollen nämlich nur zum Schutz des Unternehmensvermögens, nicht zur Überwachung von Produktivität oder Sorgfalt.

Der vorliegende Fall bewegt sich in einer Grauzone: Wäre ein Ermittler beauftragt worden, um einen konkreten Verdacht auf Diebstahl zu prüfen, wäre die Kontrolle legitim. Das absichtliche Verstecken von Waren, um einen Mitarbeiter „auf die Probe zu stellen“, macht den Prüfer jedoch zu einem agent provocateur und kann das Verfahren rechtswidrig werden lassen, da kein begründeter Verdacht vorliegt, sondern die zu sanktionierende Situation künstlich erzeugt wird.

Der unzulässig erhobene Beweis kann nicht zur Rechtfertigung einer Kündigung verwendet werden. Sollte er hingegen als wirksam bewertet werden, müsste das Gericht dennoch die Verhältnismäßigkeit prüfen – unter Berücksichtigung der Geringfügigkeit der versteckten Gegenstände, der Arbeitsbedingungen (hohes Tempo, Anforderungen an schnelle Kassenvorgänge) sowie möglicher disziplinarischer Vorbelastungen der betroffenen Beschäftigten. DDL

Deutschland: Erhöhung des Mindestlohns

Die Bundesregierung hat per Verordnung beschlossen, den gesetzlichen Mindestlohn zum 1.1.2026 auf 13,90 Euro und zum 1.1.2027 auf 14,60 Euro anzuheben. Die Vergütungsgrenze von Minijobs wird von 556 Euro auf 603 Euro erhöht, sodass eine Wochenarbeitszeit für Minijob von 10 Stunden weiterhin beitrags- und steuerfrei möglich ist.

INTERKULTURELLES

Fahrt mit der S-Bahn einem 7-jährigen zumutbar

Große Unterschiede zwischen Deutschland und Italien bestehen nach wie vor in den verschiedenen Vorstellungen der Schulwegbetreuung. Während italienische Eltern auch noch postpubertierende Kinder in die Schule bringen und abholen, schieben deutsche Eltern schon ihr 5-jähriges Kindergartenkind morgens aus dem Haus.

Beispielhaft hierzu eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Dresden vom 7.8.2025 (5L 845/25). Ein Vater eines Schulkindes war der Auffassung, dass ein Schulbus, der zwei Orte miteinander verband und nicht mehr fuhr, seinen Betrieb wieder aufnehmen müsse. So aber nicht das Verwaltungsgericht Dresden: Einem 7-jährigen Grundschüler könne zugemutet werden, für seinen Schulweg über eine kurze Strecke die S-Bahn zu benutzen. Ein Anspruch auf Einrichtung eines Schüler-Spezialverkehrs zwischen dem Wohnort oder nächstgelegene Grundschule bestehe daher nicht.

ERBRECHT

Europäisches Nachlasszeugnis (ENZ) und Einwände im deutschen Verfahren

In Deutschland wird das ENZ vom Nachlassgericht nach Abschluss eines freiwilligen Gerichtsverfahrens unter Anhörung der betroffenen Parteien ausgestellt. Dieses Verfahren entspricht grundsätzlich dem Verfahren zur Ausstellung eines Erbscheins nach deutschem Recht.

Erhebt jedoch eine Partei Einwände gegen den Sachverhalt, können die Folgen unterschiedlich ausfallen. Während das Gericht im Erbscheinverfahren in jedem Fall über den Antrag entscheiden, den Sachverhalt feststellen und die vorgebrachten Einwände klären und sogar von Amts wegen Beweise erheben muss, ohne an den Vortrag und an die Beweisanträge der Parteien gebunden zu sein, hat der Europäische Gerichtshof (Urteil vom 23.01. 2025, Rechtsache C 187/23) Art. 67 Abs. 1 der EU-Erbschaftsverordnung Nr. 650/2012 dahingehend ausgelegt, dass jeder erhobene Einwand die Ausstellung des ENZ verhindert, auch wenn er offensichtlich unbegründet erscheint, es sei denn, er bezieht sich auf eine Streitfrage, die bereits in einem anderen Verfahren rechtskräftig zurückgewiesen wurde.

Gegen die Entscheidung über die Ablehnung des ENZ kann der Antragsteller jedoch Beschwerde einlegen. Dadurch wird die Klärung der Einwände in die zweite Instanz, d. h. vor dem Oberlandesgericht, verlagert. Hier besteht derzeit ein Rechtsstreit zwischen den Oberlandesgerichten (OLG), die der Ansicht sind, dass in der Beschwerdeinstanz zumindest über die offensichtlich unbegründeten Einwände entschieden werden (OLG Köln, Beschluss vom 26.03.2025 – 2 Wx 134/24 und OLG Saarbrücken) und daher – wenn die Einwände zurückgewiesen werden – das ENZ ausgestellt werden kann. Die anderen OLG (OLG Frankfurt, Beschluss vom 07.07.2025 – 21 W 126/24 und OLG Nürnberg) sind hingegen der Ansicht, dass abgewartet werden muss, bis die Einwände in einem separaten Verfahren rechtskräftig entschieden sind. Es bleibt daher abzuwarten, ob das Bundesgerichtshof (BGH) – falls die zugelassene Revision eingelegt wird – über diesen Aspekt entscheidet oder die Frage an den Europäischen Gerichtshof zur Vorabentscheidung weiterleitet. AC



Big party am 10.12.2025 im Auditorium in Rom!
Italienische Küche ist Weltkulturerbe!!!

DIRITTO DEL LAVORO

Italia: indennità elevata anche nelle piccole imprese

Il diritto del lavoro italiano, con una delle sue ultime riforme ("Jobs Act"), prevedeva che nelle cosiddette piccole imprese (meno di 15 dipendenti) un lavoratore licenziato senza giustificazione potesse maturare un diritto ad un'indennità (solo) fino a 6 mensilità lorde. La Corte costituzionale italiana, con decisione n. 118 del 21 luglio 2025, ha ritenuto questo limite massimo una discriminazione ingiustificata, poiché nelle grandi imprese l'indennità, in base ai contratti collettivi, può arrivare fino a 24 mensilità. Di conseguenza, i lavoratori delle piccole imprese devono ora essere trattati allo stesso modo.

Una decisione interessante in chiave di diritto comparato; in Germania i lavoratori delle piccole imprese (qui fino a 10 dipendenti) non godono affatto di tutela contro il licenziamento.

Diritti del lavoratore ai sensi dell'art. 82, par. 1, GDPR

In Germania sono in forte aumento i casi in cui i lavoratori fanno valere nei confronti dei datori di lavoro un diritto al risarcimento del danno non patrimoniale per violazioni della normativa sulla protezione dei dati. In un accordo aziendale era stato consentito al datore di lavoro di trasmettere a una società di amministrazione del personale i nomi, la data di assunzione, il luogo di lavoro nonché il numero di telefono aziendale e l'indirizzo e-mail, al fine di testare una nuova procedura di elaborazione delle buste paga. Tuttavia, il datore di lavoro ha trasmesso anche, tra l'altro, la data di nascita del lavoratore e il suo indirizzo di residenza privato.

Il lavoratore ha richiesto il risarcimento del danno non patrimoniale derivante dalla trasmissione non autorizzata, per un importo di 3.000,00 euro. Dopo l'esito negativo nei gradi di giudizio precedenti, il Tribunale federale del lavoro, con decisione dell'8 maggio 2025 (8 AZR 209/21), ha riconosciuto almeno un danno pari a 200,00 euro.

Come certamente noto ai nostri lettori, gli importi riconosciuti dai tribunali tedeschi a titolo di risarcimento del danno non patrimoniale sono notevolmente inferiori a quelli dei tribunali italiani. La giurisprudenza tedesca ritiene i propri cittadini molto più resilienti.

Nessuna rinuncia alle ferie tramite negoziazione

Il Tribunale federale del lavoro, con decisione del 3 giugno 2025 (9 AZR 104/24), ha ribadito che il datore di lavoro non può liquidare le ferie del lavoratore se è ancora possibile fruirne in natura. Attenzione, dunque, per tutti i datori di lavoro che concludono accordi transattivi di questo tipo: il diritto del lavoratore resta in ogni caso valido.

Mystery shopping

Un punto vendita di una nota catena di supermercati ha licenziato tre cassieri dopo un "test del finto cliente", nel quale un ispettore si è finto acquirente e ha nascosto piccoli prodotti nel carrello per

verificare l'attenzione del personale. I sindacati denunciano un metodo irrealistico: rossetti o mascara sarebbero stati occultati in confezioni chiuse o tra scatole più grandi, rendendo quasi impossibile notarli durante la scansione e mettendo i dipendenti in una condizione artificiosa di errore.

Il test rientra nella pratica del "mystery shopping", lecita se finalizzata alla valutazione del servizio, ma potenzialmente problematica quando diventa un controllo indiretto sulla prestazione dei lavoratori. Lo Statuto dei lavoratori consente infatti controlli occultati solo per proteggere il patrimonio aziendale, non per monitorare produttività o diligenza.

Il caso in questione si colloca in una zona grigia: se un investigatore fosse incaricato di verificare un sospetto concreto di furto, il controllo sarebbe legittimo; ma nascondere volontariamente oggetti per "mettere alla prova" un dipendente trasforma l'ispettore in un agente provocatore, rendendo la procedura potenzialmente illegittima, perché non parte da un sospetto fondato, ma crea artificialmente la circostanza da sanzionare.

Se la prova risultasse irregolare, non potrebbe essere utilizzata per giustificare un licenziamento. Se invece fosse ritenuta valida, il giudice dovrebbe comunque valutarne la proporzionalità, tenendo conto della minima entità degli oggetti nascosti, delle condizioni di lavoro (ritmi elevati, richieste di rapidità alle casse) e di eventuali precedenti disciplinari dei dipendenti coinvolti. DDL

Germania: aumento del salario minimo

Il Governo federale ha deciso di aumentare il salario minimo legale a 13,90 euro dal 1° gennaio 2026 e a 14,60 euro dal 1° gennaio 2027. Il limite di retribuzione per i mini-job aumenta da 556 euro a 603 euro, così da consentire ancora un orario settimanale di 10 ore per i mini-job senza contributi né imposte.

INTERCULTURALE

Viaggio in S-Bahn (metropolitana) accettabile per un bambino di 7 anni

Esistono ancora grandi differenze tra Germania e Italia nelle diverse concezioni dell'accompagnamento a scuola. Mentre i genitori italiani accompagnano e vanno a prendere a scuola anche i figli post-adolescenti, i genitori tedeschi spingono già al mattino i loro bambini di 5 anni fuori casa da soli per andare all'asilo.

Un buon esempio è la sentenza del Tribunale amministrativo di Dresda del 7 agosto 2025 (5L 845/25). Il padre di un bambino di seconda elementare riteneva che uno scuolabus che collegava due località e che non era più in servizio dovesse riprendere l'attività di collegamento. Ma il Tribunale amministrativo di Dresda non è stato dello stesso avviso: un bambino di 7 anni che frequenta la scuola elementare può essere considerato in grado di utilizzare la Metro per percorrere un breve tragitto per andare a scuola. Non sussiste quindi alcun diritto alla creazione di un servizio di trasporto scolastico speciale tra il luogo di residenza e la scuola elementare più vicina.

DIRITTO SUCCESSORIO

Certificato successorio europeo e contestazioni nel procedimento tedesco

In Germania il CSE viene rilasciato dalla pretura - giudice delle successioni - al termine di un procedimento di volontaria giurisdizione in contraddittorio con le parti interessate.

La procedura è parallela a quella per l'emissione del certificato ereditario (Erbschein) ai sensi del diritto tedesco.

Tuttavia, nel caso in cui una parte contesti un elemento alla base della domanda, le conseguenze sono diverse. Mentre il giudice nel procedimento per l'emissione del certificato ereditario (Erbschein) deve comunque decidere sulla domanda, accertare i fatti e risolvere le contestazioni sollevate, e anzi deve procedere a assunzione di prove anche d'ufficio, senza essere vincolato alle deduzioni e istanze istruttorie delle parti, nel procedimento per il rilascio del CSE la Corte Europea di giustizia (Sentenza del 23.1.2025 causa C 187/23) ha interpretato l'art. 67 comma 1 del Regolamento UE Successioni N. 650/2012 nel senso che qualsiasi contestazione sollevata sia di impedimento all'emissione del CSE, anche se apparisse palesemente infondata, a meno che si riferisca a una contestazione già respinta in un altro procedimento con forza di giudicato.

Peraltro, il richiedente può proporre opposizione contro la decisione di diniego del CSE, e la possibilità di risolvere le contestazioni si sposta quindi in secondo grado, cioè dinanzi alla corte di appello. Qui ci troviamo attualmente di fronte a un contrasto giurisprudenziale tra le Corti di appello che ritengono che in tale sede possano essere decise le contestazioni (Corti di appello di Colonia, Ordinanza del 26.3.2025 - 2Wx 134/24 e di Saarbrücken), almeno quelle palesemente infondate, e quindi - se vengono respinte - possa essere emesso il CSE, e quelle invece (Francoforte, Ordinanza del 07.07.2025 - 21W 126/24 e Norimberga) che ritengono che bisogna attendere che le contestazioni vengano decise con forza di giudicato in un distinto procedimento. Bisogna quindi attendere che la corte federale (BGH) - se verrà proposto ricorso - decida su questo aspetto o rimetta la questione alla Corte di Giustizia Europea. AC



Troverà la scuola?

IMMOBILIENSEITE

Schenkung von Immobilien: Dritte Käufer müssen diese nicht mehr an die Erben zurückgeben.

Am 26. November wurde die Reform zum Verkehr von Immobilien aus Schenkungen endgültig verabschiedet (Gesetzesentwurf zur Vereinfachung, Art. 44). Das neue Gesetz garantiert, dass der Käufer einer Immobilie, die der Verkäufer durch Schenkung erhalten hat, diese in Zukunft nicht mehr an die gesetzlichen Erben verlieren kann.

Wenn man bedenkt, dass in Italien jedes Jahr über 200.000 Immobilien-Schenkungen registriert werden, wie aus den statistischen Daten der Notare hervorgeht, kann man sich vorstellen, welche Auswirkungen diese Reform auf den Kauf und Verkauf von Immobilien haben wird.

Art. 563 des italienischen Zivilgesetzbuches in seiner vorherigen Fassung ermöglichte es dem in seinem Pflichtteil geschädigten Erben nicht nur gegen den Beschenkten, sondern auch gegen Dritte, die die Immobilie später vom Beschenkten erworben haben, eine Rückforderungsklage zu erheben. Diese Klage konnte bis zum Ablauf einer besonders langen Verjährungsfrist geltend gemacht werden: Zwanzig Jahre nach Eintragung der Schenkung.

Gemäß Art. 561 des italienischen Zivilgesetzbuches sind die Vermögenswerte, die Gegenstand einer erfolgreichen Rückforderungsklage sind, frei von allen Belastungen oder Hypotheken, die mit Zustimmung des Beschenkten oder seiner Rechtsnachfolger eingetragen wurden.

Diese gesetzliche Regelung war zwar für die Pflichtteilsberechtigten von Vorteil, wurde jedoch im Laufe der Zeit wegen ihrer Auswirkungen auf den Immobilienmarkt und damit auf den Immobilienverkehr mehrfach kritisiert. Tatsächlich ist der Käufer einer geschenkten Immobilie bis zum Ablauf der Verjährungsfrist der Rückforderungsklage ausgesetzt, was sich auf den Wert der Immobilie selbst auswirkt.

Darüber hinaus zögerten auch die Banken bisher, vor Ablauf der oben genannten Fristen Finanzierungen für den Kauf von geschenkten Immobilien zu gewähren.

Die durch Art. 15 des Gesetzesentwurfs zur Vereinfachung eingeführten Änderungen zielen darauf ab, die Rechte von Drittkäufern der geschenkten Güter wiederherzustellen, indem das Recht auf Rückgabe der Immobilien oder Zahlung des Gegenwerts in bar abgeschafft wird. Aufgrund der eingeführten neuen Regelung ist der Dritte, der die Güter erworben hat, nicht mehr zur Rückgabe verpflichtet, während zum Schutz der möglicherweise geschädigten Erben der Beschenkte verpflichtet ist, den übergangenen Pflichtteilsberechtigten in Geld zu entschädigen.

Die Auswirkungen der Reform lassen sich somit wie folgt zusammenfassen:

- größere Rechtssicherheit für Käufer von Immobilien aus Schenkungen;
- besserer Zugang zu Krediten, da Banken diese Immobilien ohne Schwierigkeiten als Hypothekensicherheit akzeptieren können;
- Vorteile für Familien, junge Paare und Unternehmer, die Finanzierungen benötigen.

Ist es möglich, auf ein unerwünschtes Haus oder Grundstück zu "verzichten"?

Häufig kommt es vor, dass ein Eigentümer baufälli-

ge Immobilien, unproduktive Grundstücke oder Gebäude, deren Unterhaltskosten und Steuern ihren Marktwert übersteigen, loswerden möchte. In solchen Situationen ist der Verzicht ein extremes, aber potenziell nützliches Instrument, um sich von der Last des Eigentums und den damit verbundenen zukünftigen Kosten zu befreien.

Ein kürzlich ergangenes Urteil des Kassationsgerichtshofs in Vereinigter Sitzung SS.UU. 23093/2025 vom 11. August 2025 hat klargestellt, dass die Verzichtserklärung eine einseitige und nicht rezeptive Rechtshandlung ist, die daher nicht die Zustimmung einer anderen Person erfordert. Die daraus resultierende Wirkung ist keine vertragliche Übertragung, sondern hat eine rechtliche Wirkung: Der frei gewordene Vermögenswert wird vom Staat aufgrund der bloßen Tatsache der Verzichtserklärung und ihrer Eintragung als ursprünglicher Eigentümer erworben. Es ist daher keine Willenserklärung seitens der Verwaltung erforderlich, da der Erwerb direkt durch das Gesetz vorgehen ist. Das Urteil ist auch aus verfassungsrechtlicher Sicht von Bedeutung. Der Gerichtshof hat ausgeschlossen, dass Art. 42 Abs. 2 der Verfassung, der das Eigentum seiner sozialen Funktion unterordnet, als Verpflichtung zur unbefristeten Aufrechterhaltung des Eigentums an der Sache ausgelegt werden kann.

Natürlich ist der Verzicht nicht ohne Grenzen und Folgen. Der Kassationsgerichtshof hat betont, dass er keine befreiende Wirkung in Bezug auf bereits fällige Verpflichtungen hat: Bereits fällige Steuern wie IMU und TARI, rückständige Wohnungseigentumsgebühren, Verpflichtungen zur Umweltsanierung oder zur Sicherung aufgrund früherer Situationen sowie die Haftung für Schäden, die vor dem Verzicht entstanden sind, bleiben bestehen.

Unwahre Katasterkonformitätserklärung, Gültigkeit des Kaufvertrags

Mit Urteil Nr. 27531 vom 15.10.2025 hat der Kassationsgerichtshof klargestellt, dass die in Art. 29 Abs. 1-bis des Gesetzes 52/1985 vorgesehene Nichtigkeit formaler und nicht materieller Natur ist. Nach Ansicht des Gerichts hängt die Gültigkeit des Vertrags also nicht von der Richtigkeit der Erklärung/Bescheinigung ab, sondern lediglich von deren Vorhandensein im Kaufvertrag.

Bei Abweichungen zwischen den Katasterplänen und dem tatsächlichen Zustand der Immobilie kann daher nicht die Nichtigkeit der Beurkundung oder die Unmöglichkeit der Vollstreckung der Urkunde mit den gleichen Übertragungseffekten im Sinne von Artikel 2932 des Zivilgesetzbuches (spezifische Vollstreckung) geltend gemacht werden.

Mit der Folge, dass:

- wenn die Erklärung vollständig fehlt, ist der Kaufvertrag nichtig.
- Wenn die Erklärung hingegen vorhanden ist, aber nicht der Wahrheit entspricht, ist die Urkunde nicht nichtig.

Daher bleibt die Gültigkeit des Kaufvertrages auch dann bestehen, wenn die Erklärung falsch ist, es sei denn, die Abweichung ist so offensichtlich, dass sie auch für einen Laien auf den ersten Blick erkennbar ist.

Die Tatsache, dass der Vertrag gültig bleibt, bedeutet nicht Straffreiheit und entbindet nicht desjenigen

von der zivil- und strafrechtlichen Verantwortung, der die falsche Erklärung abgegeben hat (Art. 483 Strafgesetzbuch, Falsche Erklärungen in einer öffentlichen Urkunde).

Das Urteil verhindert somit, dass kleine Unregelmäßigkeiten den Kauf oder Verkauf blockieren, und reduziert damit auch die Streitigkeiten über die Nichtigkeit von Notarverträgen. Gleichzeitig bleibt die Verantwortung derjenigen bestehen, die die Erklärung abgegeben haben: Die Urkunde bleibt gültig, aber der Schaden muss ersetzt werden.

Im Gegensatz dazu wirken sich wesentliche bauliche Abweichungen (wie illegale Erweiterungen, bauliche Veränderungen ohne Genehmigung oder Änderungen der Zweckbestimmung) auf die rechtliche Veräußerbarkeit der Immobilie aus: Das Gesetz verbietet den Abschluss von Kaufverträgen ohne Genehmigung oder Erklärung gemäß Art. 40 des Gesetzes Nr. 47/1985.

Das neue Urteil des Kassationsgerichtshofs hat somit klargestellt, dass die mangelnde vollständige Übereinstimmung mit dem Kataster die Gültigkeit des Verkaufs nicht beeinträchtigt, sofern der Vertrag die gesetzlich vorgeschriebenen Erklärungen enthält.

Erfüllung von Aufklärungspflichten durch Datenraum

Das Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 15.09.2023 – V ZR 77/22 behandelt die Aufklärungspflichten eines Immobilienverkäufers, insbesondere im Zusammenhang mit der Bereitstellung eines virtuellen Datenraums während der Vertragsverhandlungen.

Die klagende Käuferin erwarb mit notariellem Kaufvertrag mehrere Gewerbeeinheiten in einem großen, gemischtgenutzten Gebäudekomplex aus den 1970er Jahren. Die Verkäuferin versicherte, dass keine Sonderumlagen oder außergewöhnliche Kosten zu erwarten seien und übergab der Käuferin Protokolle der letzten Eigentümerversammlungen. Kurz vor der Beurkundung stellte die Verkäuferin jedoch in einem dazu bestimmten Datenraum ein Protokoll ein, das eine Entscheidung der Eigentümer über eine Sonderumlage von 50 Millionen Euro für bauliche Maßnahmen beinhaltete. In der Folge wurde die Käuferin zur Zahlung einer Sonderumlage für Instandsetzungsmaßnahmen verpflichtet, was die Käuferin zur Anfechtung des Kaufvertrags wegen arglistiger Täuschung veranlasste. Der BGH stellte fest, dass die Verkäuferin verpflichtet war, die Käuferin auch ungefragt über diese baulichen Maßnahmen aufzuklären, was zu einem Schadensersatzanspruch nach BGB führen kann.

Der BGH entschied, dass ein Verkäufer seine Aufklärungspflicht im Zusammenhang mit einem Datenraum nur dann erfüllt, wenn er berechtigterweise davon ausgehen kann, dass der Käufer durch die Einsicht in die dort bereitgestellten Unterlagen von relevanten Informationen Kenntnis erlangen wird.

Lesen Sie auf unserer Homepage weiter!

<https://www.dolcelauda.com/news/artikel/immobilienverkauf-erfuellung-von-aufklaerungspflichten-durch-datenraum/>

PAGINA IMMOBILIARE

Donazione beni immobili: i terzi acquirenti non dovranno più restituirli agli eredi

È stata approvata in via definitiva il 26 novembre la riforma sulla circolazione degli immobili di provenienza donativa (Ddl semplificazioni, art. 44). La nuova legge garantisce che chi acquista un immobile ricevuto in donazione dal venditore non potrà più vederselo sottrarre in futuro dagli eredi legittimari.

Se si pensa che in Italia si registrano ogni anno oltre 200 mila donazioni immobiliari, come attestano i Dati Statistici Notarili, si può comprendere che impatto avrà tale riforma sulle compravendite.

L'articolo 563 c.c., nella sua precedente formulazione, consentiva al legittimario leso nella propria quota di riserva di agire in restituzione non solo contro il donatario, ma anche contro i terzi acquirenti che avevano successivamente acquistato l'immobile dal beneficiario della donazione. Questa azione era esercitabile fino al decorso di un termine di prescrizione particolarmente lungo: venti anni dalla trascrizione della donazione.

Ai sensi poi dell'art. 561 cod. civ., i beni oggetto di positiva azione di restituzione sono liberi da ogni peso o ipoteca iscritti con il consenso del donatario o del suoi aventi causa.

Tale previsione normativa, pur essendo vantaggiosa per i legittimari, ha avuto nel tempo diverse critiche per le conseguenze che essa porta al mercato immobiliare e quindi alla circolazione di immobili. Infatti l'acquirente di un immobile donato resta esposto all'azione di restituzione fino alla intervenuta prescrizione, con incidenza sul valore stesso degli immobili.

Inoltre, anche le banche erano sempre restie a concedere finanziamenti per l'acquisto di provenienza donativa, prima dello spirare dei suddetti termini (a meno che non fosse stato possibile avere la rinuncia all'azione di restituzione da parte di legittimari lesi).

Le modifiche poste in essere dall'art. 15 del DDL semplificazioni mirano a restituire sicurezza ai diritti dei terzi acquirenti dei beni oggetto di donazione, eliminando il diritto di ottenere da loro la restituzione dei beni immobili o il pagamento dell'equivalente in denaro. Per effetto del diverso regime introdotto, quindi, il terzo che abbia acquistato il bene non è più tenuto a restituirlo, mentre a tutela degli eredi eventualmente lesi è previsto l'obbligo del donatario e, in via sussidiaria, del terzo acquirente a titolo gratuito, di compensare in denaro il legittimario pretermesso, nei limiti del vantaggio conseguito e in caso di insolvenza del donatario.

Gli effetti della riforma, dunque, si possono riassumere nei seguenti punti:

- maggiore sicurezza giuridica per chi compra un immobile proveniente da donazione;
- maggiore accesso al credito, le banche potranno accettare questi immobili come garanzia ipotecaria senza difficoltà;
- benefici per famiglie, giovani coppie e imprenditori che necessitano di finanziamenti.

È possibile "rinunciare" a una casa o un terreno indesiderato?

Spesso si incontra la situazione che un proprietario voglia disfarsi di immobili fatiscenti, terreni improduttivi o fabbricati gravati da costi di manutenzione

e imposte superiori al loro valore di mercato. In tali situazioni, la rinuncia abdicativa rappresenta uno strumento estremo ma potenzialmente utile, che consente di liberarsi dal peso della proprietà e delle relative spese future.

Una recentissima sentenza della Cassazione a Sezioni Unite. SS.UU. 23093/2025 del 11 agosto 2025 ha chiarito che la rinuncia abdicativa è un atto giuridico unilaterale e non recettizio, che non richiede dunque l'accettazione di un altro soggetto. Essa rappresenta una modalità di esercizio del diritto di proprietà, in quanto espressione della facoltà di disporre riconosciuta dall'art. 832 c.c. L'effetto che ne deriva non è un trasferimento negoziale, ma un effetto legale: il bene, divenuto vacante, viene acquisito dallo Stato a titolo originario, per il semplice fatto della rinuncia e della sua trascrizione. Non occorre, quindi, alcuna manifestazione di volontà da parte dell'amministrazione, perché l'acquisto è previsto direttamente dalla legge. La pronuncia assume rilievo anche dal punto di vista costituzionale. La Corte ha escluso che l'art. 42, comma 2, Cost., che subordina la proprietà alla sua funzione sociale, possa essere interpretato come un obbligo a mantenere indefinitamente la titolarità del bene.

Naturalmente, la rinuncia non è priva di limiti e di conseguenze. La Cassazione ha sottolineato che essa non produce effetti liberatori rispetto alle obbligazioni già maturate: restano dovute le imposte come IMU e TARI già scadute, gli oneri condominiali arretrati, gli obblighi di bonifica ambientale o di messa in sicurezza derivanti da situazioni pregresse, così come le responsabilità per danni verificatisi prima della rinuncia. L'atto, dunque, ha l'effetto di far venir meno la titolarità del diritto solo per il futuro, ma non cancella quanto avvenuto in il passato.

Dichiarazione di conformità catastale non veritiera, validità dell'atto di vendita

Con la sentenza 15/10/2025, n. 27531, la Corte di Cassazione civile ha chiarito che la nullità prevista dall'art. 29, comma 1-bis, della L. 52/1985 ha natura formale e non sostanziale. Secondo la Corte, dunque, la validità del contratto non dipende dalla veridicità della dichiarazione/attestazione, ma unicamente dalla sua presenza nell'atto di vendita.

Quindi in presenza di difformità tra le planimetrie catastali e lo stato di fatto dell'immobile non può essere dichiarata la nullità dell'atto o l'impossibilità di effettuare l'atto esecutivo producendo gli stessi effetti traslativi ai sensi dell'articolo 2932 del Codice Civile (esecuzione in forma specifica);

Con la conseguenza che:

- se la dichiarazione manca del tutto, l'atto di vendita è nullo.
- se invece la dichiarazione è presente ma risulta non veritiera, l'atto non è nullo.

Pertanto, la validità del rogito non viene meno anche se la dichiarazione risulta falsa, salvo che la difformità sia così evidente da essere riconoscibile a vista anche da un non esperto.

Il fatto che l'atto rimanga valido non significa impunità.

Ciò non toglie naturalmente la responsabilità di

chi ha dichiarato il falso, sia civile che penale (art. 483 c.p., falso ideologico in atto pubblico).

La sentenza evita così che piccole irregolarità blocchino le compravendite, riducendo così anche il contenzioso sulla nullità degli atti. Al tempo stesso, rimane la responsabilità di chi rilascia la dichiarazione: l'atto rimane valido, ma i danni si devono risarcire.

Un immobile può essere perfettamente conforme ai titoli edilizi ma non ancora aggiornato al catasto, e viceversa.

Diversamente, le difformità edilizie sostanziali (come ampliamenti abusivi, modifiche strutturali senza titolo o mutamenti di destinazione d'uso) incidono sulla commerciabilità giuridica del bene: la legge vieta la stipula di atti di compravendita in assenza del titolo abilitativo o della dichiarazione ex art. 40 della legge n. 47/1985.

La nuova sentenza della Cassazione ha, dunque, chiarito che la mancanza di perfetta coerenza catastale non impedisce la validità della vendita, purché l'atto contenga le dichiarazioni richieste dalla legge.

Vendita immobiliare in Germania: attuazione degli obblighi di informazione tramite data room

La sentenza della Corte federale di cassazione (BGH) del 15 settembre 2023 (R.G. V ZR 77/22) si è occupata degli obblighi di informazione di un venditore immobiliare, in particolare in relazione alla messa a disposizione di una data room virtuale durante le trattative contrattuali.

L'acquirente-ricorrente aveva acquistato, con contratto di compravendita notarile, diverse unità commerciali in un grande complesso edilizio ad uso misto risalente agli anni '70. La venditrice aveva assicurato che non erano previsti oneri straordinari o costi eccezionali ed aveva consegnato all'acquirente i verbali delle ultime assemblee dei condomini. Poco prima della stipula dell'atto, tuttavia, la venditrice aveva inserito in un apposito archivio digitale un verbale che conteneva una decisione dei comproprietari relativa a una spesa straordinaria di 50 milioni di euro per lavori di ristrutturazione. Di conseguenza, l'acquirente era stata obbligata a pagare una spesa straordinaria per lavori di riparazione, il che ha indotto l'acquirente a contestare il contratto di compravendita per dolo. La Corte federale tedesca ha stabilito che la venditrice era tenuta a informare l'acquirente, anche senza che questi lo richiedesse espressamente, in merito a tali lavori di ristrutturazione, il che può comportare un diritto al risarcimento dei danni ai sensi del codice civile tedesco in caso di omissione.

Continua a leggere nel nostro sito

<https://www.dolcelauda.com/it/notizie/articolo/vendita-immobiliare-in-germania-attuazione-degli-obblighi-di-informazione-tramite-data-room/>

NEUES AUS EUROPA: Real Madrid – Le Monde 1:1

Die französische Tageszeitung Le Monde berichtete bereits im Jahre 2006 über eine angebliche Verbindung des Fußballvereins Real Madrid mit dem aus dem Radsport bekannten Dopingarzt Eufemiano Fuentes. Real Madrid und sein Vereinsarzt klagten in Spanien gegen die Zeitung und den Autor des Artikels wegen Rufschädigung. Die spanischen Gerichte verurteilten Le Monde auf 390.000 Euro, sowie den Journalisten gesamtschuldnerisch mit der Zeitung auf 33.000 Euro Strafzahlung.

Le Monde verteidigte sich in Spanien in allen Instanzen unter Hinweis auf die in ganz Europa geltende Pressefreiheit nach Art. 11 der Charta der Grundrechte Europäischen Union (Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit). Die spanischen Gerichte hielten auch in letzter Instanz zu ihrem Verdict und Real Madrid begann im Anschluss, die Forderung in Frankreich zu vollstrecken. Nach dem damals geltenden Vollstreckungsübereinkommen hätte die Forderung auch vollstreckt werden müssen, wenn kein Verstoß gegen den französischen Ordre Public vorgelegen hätte. Das nationale Ordre Public wird durch das Grundlegende der inländischen Wertvorstellungen bestimmt und ist auch nach der heute geltenden Vollstreckungsverordnung die einzige materielle Einwendung, die man gegen die Vollstreckung einer Entscheidung aus einem EU-Mitgliedsstaat erheben kann.

Das französische Gericht, das nach der damals geltenden Regelung für die Vollstreckung zuständig war, versagte die Anerkennung; der Fußballverein legte seinerseits dagegen Rechtsmittel ein und das oberste Französische Gericht, die Cour de Cassation, legte den Fall dem EuGH vor.

Der EuGH entschied am 4. Oktober 2024 (C 633/22), dass unverhältnismäßig hoher Schadensersatz die Pressefreiheit verletzen könne, wenn Medien dadurch abgehalten werden würden, über Themen von öffentlichem Interesse zu berichten. Die Feststellungen in der Sache hierzu habe das nationale Gericht zu treffen. Für die Annahme der Verletzung von Ordre Public müsse aber ein „offensichtlicher“ Verstoß gegen Art. 11 Grundcharta vorliegen.

Die Cour de Cassation hat nun am 28.05.2025 auf der Grundlage des EuGH-Leitlinien entschieden: Es hat das Urteil des französischen Gerichts aufgehoben, das die Vollstreckung versagt hatte, und den Fall einer anderen Kammer übertragen. Diese soll nun insbesondere die Verhältnismäßigkeit der finanziellen Sanktion prüfen. Das Landgericht hatte keine Feststellungen beispielsweise zur Einkommenslage des Journalisten getroffen.

Die spanische Entscheidung soll daher nicht den Kern, sondern nur in der Höhe der Zahlung überprüft werden. Wird sich aus den Feststellungen ergeben, dass der Journalist aufgrund seines Einkommens praktisch nicht in der Lage sein wird, der Forderung nachzukommen, läge wohl eine „offensichtliche“ Verletzung der Pressefreiheit vor.



Kurz vor dem Ausgleich

POSTMORTALES PERSÖNLICHKEITSRECHT GIOVANNI FALCONE UND LESEEMPFEHLUNG

Prof. Dr. Schertz, ein in Deutschland in der Geltendmachung von Persönlichkeitsrechten prominenter Personen selbst prominenter Rechtsanwalt, führt in NJW 39/2025 über das postmortale Persönlichkeitsrecht in Zeiten von KI und Deepfakes aus. Der lesenswerte Beitrag weist auf die Aktualität der Materie hin, nachdem Verstorbene immer mehr digitale Abdrücke im Netz hinterlassen, Scherz ist der Auffassung, dass für einen gewissen Zeitraum das Persönlichkeitsrecht aller Verstorbenen bestehen bleiben und die Rechte vererbbar sein müssten.

Der Beitrag erinnert die Redaktion aber auch an den Falcone/Borsellino- Pizzeria Fall, über den wir in der Vergangenheit mehrfach berichtet haben. Das Landgericht Frankfurt war seinerzeit nicht bereit, Falcone einen postmortalen Persönlichkeitsrechtsschutz zu gewähren. Im Gegenteil zu Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer oder Marlene Dietrich sei der italienische Richter nicht so sehr im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit verankert. Die

Entscheidung führte zu einem Aufschrei in der italienischen Öffentlichkeit. Die im Schnitt 10 Jahre älteren Richter des Senats des Oberlandesgerichts korrigierten die Entscheidung ihrer Vorderrichter und haben Falcone auch in Deutschland als schützenswert anerkannt.

Es kam dann zum „Mann beißt Hund“ Phänomen; Die schlechte Nachricht (Landgericht) war in allen Tageszeitungen auf der 1. Seite und 1. Nachricht in den Nachrichtensendungen. Die gute Nachricht (Oberlandesgericht) hat kaum noch jemand interessiert und wurde nur in einem lokalen Onlinenachrichtendienst aus Palermo gebracht.

Wer sich für den Fall und seine medialen Auswirkungen interessiert, dem sei der Beitrag von Rodolfo Dolce, „Giovanni Falcone, ein Held beider Welten?“ in Cantiere Europa, Europas Baustellen, Herausgegeben von Christiane Liermann Traniello im VillaVigoni-Verlag, empfohlen.

VERTRIEBSRECHT

Handelsvertreter: Kein Provisionswegfall, wenn das Nichtausführen des Geschäfts dem unternehmerischen Risikobereich zuzuordnen ist

Mit Beschluss vom 27. September 2023 hat der BGH eine wichtige Rechtsfrage geklärt (VII ZR 12/23).

Die Handelsvertreterin – Inhaberin eines Reisebüros – verlangte von der Reiseveranstalterin die Zahlung einer Provision für die Vermittlung eines Reisevertrages, der vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie storniert worden war. Fraglich war, ob das vertretene Unternehmen die konkreten Umstände für die Stornierung nicht oder eben doch zu vertreten hatte.

Die Richter des 7. Senates betonten in ihrem Beschluss, dass § 87a Abs.3 Satz 1 HGB dem Handelsvertreter einen unentziehbaren Anspruch auf Provision gibt, wenn feststeht, dass der Unternehmer das Geschäft nicht oder nicht so ausführt, wie es abgeschlossen wird. Der Anspruch auf Provision könne im Falle der Nichtausführung allerdings gemäß § 87a Abs.3 Satz 2 HGB entfallen, wenn und soweit die Nichtausführung auf Umständen beruhe, die vom Unternehmer nicht zu vertreten sein. Zu vertreten im Sinne des § 87a Abs. 3 Satz 2 HGB habe der Unternehmer die Umstände, auf denen die Nichtausführung des Geschäfts beruhe, allerdings nicht nur dann, wenn ihm oder seinen Erfüllungsgehilfen insoweit persönliches Verschulden zur Last falle, sondern darüber hinaus auch dann, wenn sie seinem unternehmerischen oder betrieblichen Risikobereich zuzuordnen seien oder auf einem von ihm übernommenen Risiko beruhten. Nicht zu vertreten habe der Unternehmer Umstände, die nicht seinem unternehmerischen oder betrieblichen Risikobereich zuzuordnen seien, wie etwa unvorhersehbare Betriebsstörungen oder rechtswidrige Eingriffe von hoher Hand.

Nach den nicht angegriffenen Feststellungen des Berufungsgerichts war die Hotelschließung, die zur Stornierung des Reisevertrages führte, im Zeitraum der geplanten Reisen allerdings nicht durch rechtliche Regelungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und deren Bekämpfung erzwungen. Die in dem genannten Zeitraum geltenden Regelungen standen der Öffnung des Hotels nämlich nicht entgegen.

Vielmehr beruhte die Hotelschließung nach den Feststellungen des Berufungsgerichts auf einer aufgrund eines Rückgangs der Buchungen getroffenen wirtschaftlichen – und somit dem vertretenen Unternehmen zu zurechnenden – Entscheidung des Hoteliers. Der Provisionsanspruch der Handelsvertreterin war mithin nicht entfallen, die Reiseveranstalterin weiterhin zur Zahlung der Provision verpflichtet.



ULTIME DALL'EUROPA: Real Madrid – Le Monde 1:1

Già nel 2006 il quotidiano francese Le Monde aveva riportato la notizia di un presunto legame tra la squadra di calcio del Real Madrid e il medico Eufemio Fuentes, noto nel mondo del ciclismo per il suo coinvolgimento in casi di doping. Il Real Madrid e il medico della squadra hanno citato in giudizio in Spagna il quotidiano e l'autore dell'articolo per diffamazione. I tribunali spagnoli hanno condannato Le Monde al pagamento di 390.000 euro e il giornalista, in solido con il quotidiano, al pagamento di 33.000 euro.

Le Monde si è difeso in Spagna in tutte le istanze, richiamandosi alla libertà di stampa vigente in tutta Europa ai sensi dell'articolo 11 della Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea (libertà di espressione e di informazione). I tribunali spagnoli hanno confermato la loro decisione anche in ultima istanza e il Real Madrid ha quindi avviato l'esecuzione del credito in Francia. In base alla convenzione di esecuzione allora in vigore, la richiesta avrebbe dovuto essere eseguita solo se non vi fosse stata alcuna violazione dell'ordine pubblico francese. L'ordine pubblico nazionale è determinato dai valori fondamentali del paese ed è, anche secondo il regolamento di esecuzione attualmente in vigore, l'unica eccezione sostanziale che può essere sollevata contro l'esecuzione di una decisione di uno Stato membro dell'UE.

Il tribunale francese, competente per l'esecuzione secondo la normativa allora vigente, ha negato il riconoscimento; la società calcistica ha presentato ricorso e la Cour de Cassation, la più alta autorità giudiziaria francese, ha sottoposto il caso alla Corte di giustizia dell'Unione europea.

Il 4 ottobre 2024 (C 633/22) la Corte di giustizia dell'Unione europea ha stabilito che un risarcimento danni sproporzionatamente elevato può violare la libertà di stampa se impedisce ai media di riferire su argomenti di interesse pubblico. Spetta al tribunale nazionale pronunciarsi in merito alla questione. Tuttavia, affinché si possa presumere una violazione dell'ordine pubblico, deve sussistere una violazione "evidente" dell'articolo 11 della Carta dei diritti fondamentali.

Il 28 maggio 2025 la Cour de Cassation ha deciso sulla base delle linee guida della Corte di giustizia dell'Unione europea: ha annullato la sentenza del tribunale francese che aveva negato l'esecuzione e ha trasferito il caso a un'altra sezione. Quest'ultima dovrà ora esaminare in particolare la proporzionalità della sanzione finanziaria. Il tribunale non aveva effettuato alcun accertamento, ad esempio, sulla situazione reddituale del giornalista.

La decisione spagnola non deve quindi essere riesaminata nel merito, ma solo per quanto riguarda l'importo del pagamento. Se dagli accertamenti dovesse emergere che il giornalista, a causa del suo reddito, non sarà praticamente in grado di soddisfare la richiesta, si configurerebbe una "evidente" violazione della libertà di stampa.



In attesa del verdetto

DIRITTO POST MORTEM ALLA PERSONALITÀ,
GIOVANNI FALCONE E CONSIGLI DI LETTURA

Il Prof. Dr. Schertz, avvocato di spicco in Germania nell'ambito della tutela dei diritti della personalità di personaggi famosi, tratta in NJW 39/2025 il tema del diritto alla personalità post mortem nell'era dell'intelligenza artificiale e dei deepfake. L'articolo, che vale la pena leggere, sottolinea l'attualità della materia, dato che i defunti lasciano sempre più impronte digitali in rete. Schertz ritiene che il diritto alla personalità di tutti i defunti dovrebbe rimanere in vigore per un certo periodo di tempo e che tali diritti dovrebbero essere ereditabili.

L'articolo ricorda alla redazione anche il caso Falcone/Borsellino-Pizzeria, di cui abbiamo parlato più volte in passato. All'epoca, il Tribunale di Francoforte non era disposto a concedere a Falcone la tutela post mortem del diritto alla personalità. A differenza di personaggi come Konrad Adenauer o Marlene Dietrich, il giudice italiano non era così radicato nella coscienza dell'opinione pubblica tedesca. La deci-

sione ha suscitato grande scalpore nell'opinione pubblica italiana. I giudici della Corte d'appello, in media di 10 anni più anziani, hanno corretto la decisione dei loro colleghi di primo grado e hanno riconosciuto Falcone come meritevole di tutela anche in Germania.

Si è quindi verificato il fenomeno "l'uomo morde il cane": la cattiva notizia (tribunale) era in prima pagina su tutti i quotidiani e la prima notizia nei telegiornali. La buona notizia (Corte d'appello) non ha interessato quasi nessuno ed è stata riportata solo da un servizio di informazione online locale di Palermo.

A chi fosse interessato al caso e al suo impatto mediatico, consigliamo l'articolo di Rodolfo Dolce, "Giovanni Falcone, ein Held beider Welten?" in Cantieri Europa, Europas Baustellen, pubblicato da Christiane Liermann Traniello per la casa editrice VillaVigoni.

DISTRIBUZIONE

Agenzia commerciale in Germania: nessuna decadenza della provvigione se la mancata esecuzione dell'affare è attribuibile all'area di rischio del preponente

Con pronuncia del 27 settembre 2023, la Corte federale tedesca (BGH) ha chiarito un'importante questione giuridica (R.G. VII ZR 12/23).

L'agente commerciale - titolare di un'agenzia di viaggi - chiedeva il pagamento di una commissione al tour operator, suo preponente, per il procacciamento di un contratto di viaggio che era stato annullato a causa della pandemia di coronavirus. La questione era se il preponente fosse responsabile o meno delle circostanze specifiche della cancellazione.

Nella loro decisione, i giudici del 7° Senato hanno sottolineato che il § 87a para. 3 frase 1 dell'HGB (Codice commerciale tedesco) conferisce all'agente commerciale un diritto irrevocabile alla commissione se è certo che il preponente non eseguirà la transazione o non la eseguirà come è stata conclusa. In caso di mancata esecuzione, tuttavia, il diritto alla commissione può venire meno ai sensi del § 87a para. 3 frase 2 HGB se e nella misura in cui la mancata esecuzione è dovuta a circostanze non imputabili al preponente. L'imprenditore è responsabile ai sensi del § 87a para. 3 frase 2 HGB per le circostanze su cui si basa la mancata esecuzione della transazione, ma non solo se lui o i suoi dipendenti sono personalmente colpevoli al riguardo, ma anche se sono attribuibili al suo settore di rischio imprenditoriale o operativo o si basano su un rischio da lui assunto. Il preponente non è responsabile di circostanze che non sono attribuibili alla sua area di rischio, come ad esempio interruzioni operative imprevedibili o interventi illegali da parte di autorità superiori.

Tuttavia, secondo le conclusioni non contestate della Corte d'appello, la chiusura dell'hotel, che ha portato all'annullamento del contratto di viaggio, non è stata imposta dalle norme pubblicitarie in relazione al coronavirus. Le norme in vigore nel periodo in questione non hanno vietato l'apertura dell'hotel.

Piuttosto, secondo le conclusioni della Corte d'appello, la chiusura dell'hotel si basava su una decisione economica presa dall'albergatore a causa di un calo delle prenotazioni - e quindi imputabile alla società rappresentata. La provvigione dell'agente di commercio non è pertanto venuta meno e il tour operator era ancora tenuto a pagare la provvigione.



VERBRAUCHERRECHT

Gartenpflege Gratis

Manchmal schießt der Verbraucherschutz über das Ziel hinaus. In einem von dem Landgericht Frankenthal entschiedenen Fall (Urteil vom 15.4.2025, AZ 8 O AZ 214/24) beauftragte ein Gartenbesitzer einen Gärtner, sein völlig verwildertes Grundstück wieder zu bepflanzen und herzurichten. Nach einigen Monaten Arbeit stellte der Gärtner seine Rechnung über 19.000 Euro aus. Da dem Garteneigentümern der Stundensatz aus der Rechnung zu hoch erschien, zahlte er nicht und wurde verklagt.

Das Landgericht war der Auffassung, dass ungeachtet der erheblichen Tätigkeit des Gärtners, ein Honorar nicht geschuldet sei. Der Gärtner hatte den Gartenbesitzer über sein Widerrufsrecht nicht belehrt, sodass der Gartenbesitzer noch nach Abschluss der Arbeiten habe widerrufen können. Wenn er ihn ordentlich belehrt hätte, hätte der Gartenbesitzer 14 Tage Zeit zum Widerruf gehabt. Dass der Gärtner nicht einmal einen Wertsatz für seine Arbeit erhalten könne, läge am Sanktionscharakter der Verbraucher Schutzvorschrift, d.h. sie dient der „Bestrafung“ des Unternehmens. Das Landgericht stützt sich hier auf EuGH v. 17.05.2023, C 91-22).

Das ist ein typischer Fall, der einem Nichtjuristen nur mit großem Aufwand zu erklären ist.

Vorsicht von „Sehr geehrter Kunde“ – Anrede

Jeden Tag werden in Deutschland und in Italien Verbraucher Opfer von Phishing; so auch ein Ehepaar aus dem Ammerland, dass auf ein Schreiben reingefallen war, das angeblich von ihrer Bank stammte um mit dem sie neue Passwörter angeben sollte. Die Ersparnisse in Höhe von 41.000 Euro waren weg.

Die deutsche Rechtslage ist hier relativ einfach: Nach § 675u Satz 2 BGB kann der Kunde die Erstattung nicht autorisierter Zahlungen von der Bank verlangen, es sei denn, dass die Überweisung nur aufgrund der groben Fahrlässigkeit des Kunden möglich war. Das OLG Oldenburg (24.04.2025, 8 U 103/23) hielt dem Ehepaar grobe Fahrlässigkeit vor, da das angebliche Bankschreiben mehrere Rechtschreibfehler der deutschen Sprache enthielt und mit der ungewöhnlichen Anrede „Sehr geehrter Kunde“ begann. Hier werden Heimatsprachler doch besser geschützt als Zugezogene.

In diesem Zusammenhang eine weitere schmerzhaft Nachricht für Opfer von Trickbetrügern. Das

Finanzgericht Münster hat mit Urteil vom 2. September 2025, 1 K 360/25 entschieden, dass ein Verlust aus einem Trickbetrug „keine außergewöhnlich Belastung“ nach § 33 Einkommensteuergesetz sei. Der Schaden ist also nicht einmal steuerlich absetzbar.

Vertragsschluss nur durch eigenen Klick

Eine Münchnerin holte sich im Internet ein Angebot einer Zahnklinik für eine kieferorthopädische Behandlung ein und leitete es einer befreundeten Zahnärztin in Brasilien weiter; die Münchnerin bat sie um ihren Rat. Die Zahnärztin klickte versehentlich auf das Button „jetzt verbindlich bestellen“ und die Zahnklinik klagte daraufhin gegen die zahlungsunwillige Münchnerin.

Das Amtsgericht München (Urteil vom 23.10.2024, 231 C 18392/24) gab der Verbraucherin Recht; ein versehentlicher Klick führt nicht zum Abschluss eines Vertrages. Und auch das bloße weiterleiten einer Nachricht begründet keine Vollmacht im Sinne des § 164 Abs. 1 BGB. Über die Frage, ob die Münchnerin nicht ohnehin nach § 312g Abs. 1 BGB den Vertrag hätte widerrufen können, brauchte damit nicht entschieden werden.

AUTOMOBILE

Fahrzeug in Italien unterschlagen und in Deutschland gesichert - Unser Mandant kämpft erfolgreich um sein Eigentum

In einem grenzüberschreitenden Fall von Fahrzeugunterschlagung wurde ein hochwertiges Fahrzeug, welches im vergangenen Jahr in Italien entwendet wurde, in Deutschland sichergestellt. Der Eigentümer, ein in Italien ansässiges Unternehmen, wandte sich in dieser Angelegenheit an unsere Kanzlei, um die Rückführung seines Fahrzeugs zu veranlassen.

Das Fahrzeug war in Italien ordnungsgemäß zugelassen, bevor es von einem Leasingnehmer unterschlagen- und außer Landes gebracht wurde. Erst durch Mitteilung der italienischen Strafverfolgungsbehörden wurde bekannt, dass das Fahrzeug von der deutschen Polizei sichergestellt worden war – offenbar im Rahmen eines laufenden Ermittlungsverfahrens.

In Vertretung unseres Mandanten beantragten wir bei der zuständigen Staatsanwaltschaft die Herausgabe des Fahrzeugs. Die Eigentümerstellung wurde umfassend belegt – unter anderem durch den Auszug aus dem italienischen Fahrzeugregister (PRA), dem italienischen Kfz-Schein sowie der Originalrechnung des Erwerbs.

Da die Eigentumsfrage trotz der klaren Rechtslage zunächst von der zuständigen Staatsanwaltschaft nicht zugunsten unseres Mandanten geklärt werden konnte, widersprachen wir der von der Staatsanwaltschaft ausgesprochenen Herausgabe des Fahrzeugs an den letzten Gewahrsamsinhaber und beantragten die Entscheidung durch einen Ermittlungsrichter. Dieser stellte in seiner Entscheidung zu Recht fest, dass kein gutgläubiger Erwerb an dem Fahrzeug stattgefunden hatte und ordnete die Herausgabe des

Fahrzeugs an unseren Mandanten an. Die Beschwerde gegen diese Entscheidung blieb ohne Erfolg. Infolgedessen wurde unserem Mandanten die Herausgabe des Fahrzeugs bewilligt, der das Fahrzeug daraufhin nach Italien zurücküberführen konnte.

Von besonderer Bedeutung ist dabei die rechtliche Bewertung des Eigentumserwerbs. Während nach deutschem Recht unter bestimmten Voraussetzungen ein gutgläubiger Erwerb unterschlagener Fahrzeuge möglich ist, schließt das italienische Zivilrecht dies bei zugelassenen Kraftfahrzeugen ausdrücklich aus. Maßgeblich ist hier Art. 43 EGBGB, wonach sich dingliche Rechte nach dem Recht des Staates richten, in dem sich die Sache zur maßgeblichen Zeit – d.h. zum Zeitpunkt des mutmaßlichen Erwerbs – befand, in diesem Fall Italien. Das bedeutet: Ein gutgläubiger Erwerb durch einen Dritten wäre nach italienischem Recht nicht möglich, sodass unser Mandant weiterhin als Eigentümer anzusehen war.

Der Fall zeigt einmal mehr, wie wichtig eine präzise Kenntnis internationaler zivilrechtlicher Vorschriften ist – insbesondere dann, wenn Eigentumsfragen grenzüberschreitend zu beurteilen sind. Als internationale Kanzlei unterstützen wir Mandanten regelmäßig dabei, ihre Rechte auch über Staatsgrenzen hinweg durchzusetzen und Eigentum zurückzuerlangen, das unrechtmäßig entzogen wurde.

Gutgläubiger Erwerb von beweglichen Sachen gemäß § 932 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) – insbesondere Kraftfahrzeuge

Der Erwerb des Eigentums an einem Fahrzeug unterliegt den allgemeinen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) über bewegliche Sachen. Gemäß

§ 929 Abs. 1 BGB erfolgt die Übertragung des Eigentums durch die Vereinbarung der Parteien und die Übergabe der Sache. Bei einem Fahrzeug bedeutet dies in der Praxis die Übergabe des Fahrzeugs, der Schlüssel und der Fahrzeugpapiere (Zulassungsbescheinigung Teil I / Fahrzeugschein und Zulassungsbescheinigung Teil II / Fahrzeugbrief).

Problematisch ist der Fall, wenn der Verkäufer nicht Eigentümer ist, weil er das Fahrzeug beispielsweise gemietet, geliehen oder gestohlen hat. Nach § 929 BGB kann der Nicht-Eigentümer das Eigentum nicht übertragen. § 932 BGB sieht eine wichtige Ausnahme vor: den gutgläubigen Erwerb.

Voraussetzung ist zunächst, dass die Vereinbarung über die Eigentumsübertragung und die Übergabe tatsächlich zustande gekommen sind. Außerdem muss der Käufer in Bezug auf das Eigentum des Verkäufers gutgläubig sein. Maßgeblich ist der Zeitpunkt der Übergabe. Der gute Glaube wird gesetzlich vermutet (§ 932 Abs. 1 BGB), liegt jedoch nicht vor, wenn der Käufer weiß oder grob fahrlässig nicht weiß, dass der Verkäufer nicht Eigentümer ist (§ 932 Abs. 2 BGB).

*Lesen Sie auf unserer Homepage weiter!
<https://www.dolcelauda.com/news/artikel/eigentumsuebertragung-beim-fahrzeugkauf-der-gute-glaube-endet-bei-verdacht/>*

CONSUMATORI

Manutenzione del giardino gratuita

A volte la tutela dei consumatori passa il segno. In un caso deciso dal Tribunale di Frankenthal (sentenza del 15.4.2025, R.G. n. 8 O 214/24), il proprietario di un giardino ha incaricato un giardiniere di ripiantare e sistemare il suo terreno completamente incolto. Dopo alcuni mesi di lavoro, il giardiniere ha emesso una fattura di 19.000 euro. Poiché il proprietario del giardino riteneva che la tariffa oraria indicata nella fattura fosse troppo alta, non ha pagato ed è stato citato in giudizio.

Il tribunale ha ritenuto che, nonostante il notevole lavoro svolto dal giardiniere, non fosse dovuto alcun compenso. Il giardiniere non aveva informato il proprietario del giardino del suo diritto da consumatore al recesso, cosicché il proprietario del giardino avrebbe potuto recedere anche dopo il completamento dei lavori. Se lo avesse informato correttamente, il proprietario del giardino avrebbe avuto 14 giorni di tempo per recedere. Il fatto che il giardiniere non potesse nemmeno ottenere un risarcimento per il suo lavoro era dovuto al carattere sanzionatorio della norma a tutela dei consumatori, che servirebbe a "punire" l'azienda. Il tribunale si basa in questo caso sulla sentenza della Corte di giustizia dell'Unione europea del 17 maggio 2023, (C 91-22).

Non è facile spiegare un caso simile ad un non giurista.

Attenzione all'appellativo "Egregio Cliente"

Ogni giorno in Germania e in Italia i consumatori sono vittime di phishing; è il caso di una coppia dell'Ammerland che è caduta nella trappola di una lettera che apparentemente proveniva dalla loro banca e con la quale dovevano fornire nuove password. I loro risparmi, pari a 41.000 euro, sono andati persi.

La situazione giuridica tedesca è relativamente semplice: ai sensi del § 675u frase 2 del BGB (Codice civile tedesco), il cliente può richiedere alla banca il rimborso dei pagamenti non autorizzati, a meno che il bonifico sia stato possibile solo a causa di grave negligenza da parte del cliente. La Corte d'Appello di Oldenburg (24.04.2025, 8 U 103/23) ha ritenuto che la coppia avesse agito con grave negligenza, poiché la presunta lettera della banca conteneva diversi errori ortografici in lingua tedesca e iniziava con l'insolito appellativo "Sehr geehrter Kunde" (Egregio Cliente). In questo caso, i madrelingua sono protetti meglio dei nuovi arrivati.

A questo proposito, un'altra notizia dolorosa per le vittime di truffatori. Con sentenza del 2 settembre 2025,

1 K 360/25, il Tribunale tributario di Münster ha stabilito che una perdita derivante da una truffa non costituisce un "onere straordinario" ai sensi del § 33 della legge sull'imposta sul reddito. Il danno non è quindi nemmeno deducibile fiscalmente.

Conclusione del contratto solo tramite un proprio clic

Una donna di Monaco di Baviera ha ricevuto su Internet un'offerta da una clinica odontoiatrica per un trattamento ortodontico e l'ha inoltrata a una sua amica dentista in Brasile, chiedendole un consiglio. La dentista ha cliccato accidentalmente sul pulsante "ordina ora" e la clinica odontoiatrica ha quindi citato in giudizio la donna di Monaco di Baviera che non voleva pagare.

Il Tribunale di Monaco (sentenza del 23.10.2024, 231 C 18392/24) ha dato ragione alla consumatrice; un clic accidentale non comporta la conclusione di un contratto. Inoltre, il semplice inoltro di un messaggio non costituisce una procura ai sensi del § 164 comma 1 del BGB (Codice civile tedesco). Non è stato quindi necessario decidere se la donna di Monaco avrebbe potuto comunque recedere dal contratto ai sensi del § 312g comma 1 del BGB.

AUTOMOBILE

Veicolo sottratto in Italia e recuperato in Germania - Il nostro cliente lotta con successo per riottenere la sua proprietà

In un caso transfrontaliero di appropriazione indebita di veicolo, una vettura di alto valore, sottratta lo scorso anno in Italia, era stata ritrovata in Germania. Il proprietario, una società con sede in Italia, si è rivolto al nostro studio legale per ottenere la restituzione del veicolo.

Il veicolo era stato regolarmente immatricolato in Italia prima di essere sottratto da un locatario e portato fuori dal paese. Solo grazie alla comunicazione delle autorità giudiziarie italiane si è appreso che il veicolo era stato sequestrato dalla polizia tedesca, apparentemente nell'ambito di un'indagine in corso.

In rappresentanza del nostro cliente, abbiamo chiesto alla procura competente la restituzione del veicolo. La titolarità è stata ampiamente documentata, tra l'altro con l'estratto del registro automobilistico (PRA), la carta di circolazione e la fattura originale di acquisto.

Tuttavia, nonostante la chiara situazione giuridica, la Procura della Repubblica competente non aveva deciso la questione della proprietà in favore del nostro cliente, ma aveva disposto abbiamo la restituzione del veicolo all'ultimo detentore. Per tale motivo abbiamo contestato la decisione della Procura chiedendo il riesame da parte del Giudice penale. Quest'ultimo correttamente riformava la decisione, stabilendo che non sussisteva alcun acquisto in buona fede del veicolo da parte del detentore. Il reclamo questa decisione veniva successivamente respinto. Di conseguenza, alla nostra cliente è stato restituito il veicolo che ha potuto quindi riportare in Italia.

Di particolare importanza è la valutazione giuridi-

ca dell'acquisto della proprietà. Mentre secondo il diritto tedesco, a determinate condizioni, è possibile l'acquisto in buona fede di veicoli oggetto di appropriazione indebita, il diritto civile italiano lo esclude espressamente per i veicoli immatricolati.

In questo caso è determinante l'articolo 43 EGBGB (legge tedesca sul diritto internazionale privato), secondo cui i diritti reali sono regolati dalla legge dello Stato in cui si trovava il bene al momento rilevante – ossia al momento del presunto acquisto - in questo caso l'Italia. Ciò significa che un acquisto in buona fede da parte di un terzo non sarebbe possibile secondo il diritto italiano.

Il caso dimostra ancora una volta quanto sia importante una conoscenza precisa delle norme di diritto civile internazionale, in particolare quando si tratta di valutare questioni di proprietà transfrontaliere. In qualità di studio legale internazionale, assistiamo regolarmente i nostri clienti nell'esercizio dei loro diritti anche oltre i confini nazionali e nel recupero di beni di proprietà che sono stati loro sottratti illegalmente.

Acquisto in buona fede di beni mobili ai sensi del § 932 del BGB (Codice civile tedesco) – in particolari veicoli a motore

L'acquisto della proprietà di un veicolo è regolato dalle norme generali del Codice civile tedesco (BGB) relative ai beni mobili. Ai sensi del § 929 comma 1 BGB, il trasferimento della proprietà avviene mediante l'accordo tra le parti e la consegna del bene. Nel caso di un veicolo, ciò significa in pratica la consegna del veicolo, delle chiavi e dei documenti del veicolo (certificato di immatricolazione- Zulassungsbescheinigung Teil I / Fahrzeugschein, e "libretto" di proprietà

- Zulassungsbescheinigung Teil II / Fahrzeugbrief).

Problematico è il caso in cui il venditore non è il proprietario, ad esempio perché ha noleggiato, preso in prestito o rubato il veicolo. Secondo il principio del § 929 BGB, chi non è proprietario non può trasferire la proprietà. Il § 932 BGB prevede un'importante eccezione: l'acquisto in buona fede.

Il presupposto è innanzitutto che l'accordo sul trasferimento della proprietà e la consegna si siano effettivamente verificati. Inoltre, l'acquirente deve essere in buona fede riguardo alla proprietà del venditore. È determinante il momento della consegna. La buona fede è presunta per legge (§ 932 comma 1 BGB), ma non sussiste se l'acquirente è a conoscenza o ignora per grave negligenza che il venditore non è il proprietario (§ 932 comma 2 BGB).

Si ha grave negligenza in particolare quando un acquirente non effettua ulteriori verifiche in presenza di circostanze sospette. Tali circostanze possono essere, ad esempio, un prezzo di acquisto insolitamente basso, la mancanza dei documenti del veicolo o modalità inconsuete di consegna (ad es. in un parcheggio). È particolarmente importante consultare il certificato di immatricolazione parte II, poiché ciò costituisce un forte indizio della proprietà. Se questa non viene presentata e l'acquisto viene comunque effettuato, si configura una grave negligenza. Il fatto che il libretto non sia intestato al venditore non è una circostanza insolita, almeno tra rivenditori professionisti.

Continua a leggere nel nostro sito!

<https://www.dolcelauda.com/it/notizie/articolo/acquisto-in-buona-fede-di-veicoli-in-germania-la-buona-fede-viene-meno-con-il-sospetto/>

GESELLSCHAFTSRECHT

Keinen D&O Deckung für den Geschäftsführer in der Insolvenz

Sobald eine juristische Person überschuldet (oder auch nicht in der Lage ist, den Großteil der fälligen Rechnungen zu zahlen), ist der Geschäftsführer oder Vorstand nach § 15b InsO verpflichtet, Insolvenz anzumelden. Verletzt er diese Pflicht, ist er persönlich gegenüber Gläubigern haftbar, die nach diesem Zeitpunkt Forderungen gegen die Gesellschaft erwerben.

Bislang konnte sich ein Geschäftsführer darauf verlassen, dass die D&O Versicherung dieses Risiko übernehmen würde. Nun hat das OLG Frankfurt am Main (Urt. v. 5.3.2025, 7 U 134/23) entschieden, dass die Versicherung nicht zahlen müsse, da ein Geschäftsführer den Status einer Gesellschaft kennen muss und daher bewusst gegen seine Pflichten verstoße, wenn er statt Insolvenz anzumelden die Gesellschaft weiterleben lässt.

Dieses Urteil ist insbesondere für Gläubiger von Nachteil, da die Haftung der Geschäftsführer, die in der Regel nicht über ein ausreichend persönliches Vermögen fügen, ins Leere laufen kann. Jeder Gläubiger wünscht sich da eine Versicherung, die für den Schaden einsteht.

Übertragung von Anteilen an einer srl und Verstoß gegen die satzungsmäßige Vorkaufsrechtsklausel

Mit dem Urteil Nr. 1490/2025 hat sich das Gericht von Florenz mit einem häufig strittigen Thema befasst: Der Übertragung von Gesellschaftsanteilen unter Verstoß gegen eine in der Satzung vorgesehene Vorkaufsrechtsklausel.

Der Verstoß gegen diese Klausel hat zur Folge, dass die Übertragung sowohl gegenüber der Gesellschaft als auch gegenüber den Gesellschaftern, die das Vorkaufsrecht innehaben, unwirksam ist und dass der möglicherweise entstandene Schaden ersetzt werden muss. Mit anderen Worten: Wenn die Vorkaufsrechtsklausel in der Satzung (und nicht nur in einer Gesellschaftervereinbarung) enthalten ist, hat sie „organisatorischen“ Wert und kann auch von den ausgeschlossenen Gesellschaftern geltend gemacht werden, nicht nur von der Gesellschaft. Dadurch wird die Klausel gegenüber Dritten wirksam, sodass die Übertragung relativ unwirksam ist, wenn sie unter Verstoß gegen diese Klausel erfolgt ist.

Die Veräußerer hatten die fehlende passive Klagebefugnis der vormals ausgeschlossenen Gesellschafter geltend gemacht und darauf hingewiesen, dass nur die Gesellschaft die Unwirksamkeit der Übertragung geltend machen könne, doch das Gericht hat diese Ansicht zurückgewiesen.

Die Unwirksamkeit der Übertragung ist jedoch nicht automatisch gegeben: Der vormals ausgeschlossene Gesellschafter muss vor Gericht klagen und dabei nicht nur den Verstoß gegen die Klausel, sondern auch das konkret geschädigte Interesse nachweisen. Dieses Interesse kann nicht einfach in der Nichteinhaltung des Verfahrens bestehen, sondern muss sich in einem vermögensrechtlichen Interesse am Erwerb des Anteils niederschlagen. Nur wenn

diese Voraussetzung erfüllt ist, kann eine Entschädigung für den Schaden geltend gemacht werden, auch nach dem Billigkeitskriterium gemäß Art. 1226 des italienischen Zivilgesetzbuches.

Actio pro socio in einer zweigliedrigen GmbH

Ein Gesellschafter einer zweigliedrigen GmbH kann Ersatzansprüche der Gesellschaft gegen ihren Geschäftsführer geltend machen und die Gesellschaft im Prozess vertreten, wenn der einzige andere Gesellschafter einem Stimmverbot unterliegt – und zwar auch ohne Gesellschafterbeschluss nach § 46 Nr. 8 GmbHG. In diesem Fall ist die actio pro socio unzulässig. Das hat das OLG Brandenburg mit Urteil vom 14.05.2025 (4 U 40/25) entschieden.

Das OLG Brandenburg entschied, dass die actio pro socio als subsidiäre Klagebefugnis nur dann zulässig ist, wenn die Gesellschaft selbst keine Ansprüche gegen den Geschäftsführer oder Gesellschafter verfolgt und die gesetzlichen Instrumente versagen. Bei Untätigkeit der Organe müssen zunächst die im GmbHG vorgesehenen Einflussmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Kann die Gesellschaft die Ansprüche ohne weiteres selbst geltend machen, entfällt die actio pro socio.

Dies gilt insbesondere in einer zweigliedrigen GmbH, wenn der betroffene Gesellschafter einem Stimmverbot unterliegt (§ 47 Abs. 4 S. 2 GmbHG). In diesem Fall ist kein Gesellschafterbeschluss erforderlich, sodass ein Beschlusserfordernis nach § 46 Nr. 8 GmbHG eine überflüssige Förmerei wäre. Der verbleibende stimmberechtigte Gesellschafter kann die Gesellschaft im Prozess vertreten oder einen Prozessvertreter bestellen.

Italienische Srl: Versäumnisse hinsichtlich des Beschlussbuchs der Gesellschafter und Anfechtung des Beschlusses

Das Gericht von Mailand hat mit Urteil Nr. 91/2025 vom 7. Januar 2025 eine für die Unternehmensführung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung wichtige Frage behandelt: Die ordnungsgemäße Führung des Beschlussbuchs der Gesellschafter. Das Urteil liefert wichtige Anhaltspunkte für das Verständnis der rechtlichen Auswirkungen von Unregelmäßigkeiten in der Unternehmensdokumentation.

Das Urteil unterscheidet klar zwischen der Nichtigkeit und der Anfechtbarkeit eines Gesellschafterbeschlusses. Eine Nichtigkeit liegt nur dann vor, wenn die Abweichung von der gesetzlichen Form so gravierend ist, dass die Handlung nicht als Beschluss anerkannt werden kann. Was die Anfechtbarkeit betrifft, so führt nicht jeder Fehler oder jede Unvollständigkeit im Protokoll zur Ungültigkeit des Beschlusses. Der Mangel muss so gravierend sein, dass er die Feststellung des Inhalts, der Wirkung und die Gültigkeit der Entscheidung verhindert.

Art. 2478 Nr. 2 des italienischen Zivilgesetzbuches schreibt die Eintragung des Protokolls in das Beschlussbuch der Gesellschafter vor. Das Gericht stellt jedoch klar, dass diese Eintragung keine Voraussetzung für die Gültigkeit oder Existenz des

Beschlusses ist. Ihre Unterlassung stellt lediglich eine formale Unregelmäßigkeit dar. Obwohl die Eintragung für die Gültigkeit nicht wesentlich ist, hat ihr Fehlen erhebliche Folgen, wie z. B. die Anfechtbarkeit (aus anderen Gründen) ohne zeitliche Begrenzung: Ohne ein bestimmtes Datum der Eintragung laufen die in Art. 2479-ter des italienischen Zivilgesetzbuches vorgesehenen Fristen für die Anfechtung nicht. Der Gesellschafter kann daher den Beschluss jederzeit anfechten. Darüber hinaus macht die unterlassene Eintragung einen sicheren Nachweis des Beschlussdatums unmöglich, was die Position der Gesellschaft in etwaigen Rechtsstreitigkeiten schwächt.

Das Urteil des Mailänder Gerichts unterstreicht die Bedeutung der ordnungsgemäßen Führung der Gesellschaftsbücher, nicht so sehr für die innere Gültigkeit der Beschlüsse, sondern vielmehr für die Wahrung der Rechtssicherheit und die Vermeidung von Streitigkeiten. Die Gesellschaften sind daher zu größerer Sorgfalt bei der Dokumentenverwaltung aufgefordert, um Transparenz und Stabilität in den gesellschaftsrechtlichen Beziehungen zu gewährleisten.

Im Vergleich zu den deutschen Vorschriften für Gesellschaften mit beschränkter Haftung, wo solche formellen Pflichten nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, bestätigt sich Italien als ein besonders formeller Rechtsstaat.

GEISTIGES EIGENTUM

Die Farben des Champagners

Einem italienischen Unternehmen war es überraschenderweise gelungen, die Marke „Nero Champagne“ (schwarzer Champagner) beim EU Markenamt EUIPO einzutragen, wobei die Vorgaben für die geschützte Ursprungsbezeichnung „Champagne“ unangetastet bleiben sollten. Das Gericht der Europäischen Union hat auf Widerspruch der französischen Winzer die Marke wieder löschen lassen; es sei zwar grundsätzlich zulässig, geschützte Ursprungsbezeichnungen in Marken zu verwenden, aber nur dann, wenn sich daraus keine Irreführung für den Verkehr ergeben würde. Im vorliegenden Fall könnten die Verbraucher aber tatsächlich über die Existenz eines „schwarzen“ Champagners getäuscht werden. Gemäß den Spezifikationen der geschützten Ursprungsbezeichnung darf ein Champagner nur weiß oder Rosé sein (EuG v. 25.06.2025, T 239/23).

Birkenstock sind kein Kunstwerk

Der Bundesgerichtshof hat festgestellt, dass Birkenstock Sandalen keine urheberrechtlichen geschützten Werke der angewandten Kunst sind (Urteil vom 20.2.2025, I ZR 16/24). Birkenstock wertet daher Nachahmer mit anderen Mitteln verfolgen müssen, eine Verletzung des Urheberrechtsschutz kann nicht geltend gemacht werden.

DIRITTO SOCIETARIO

Nessuna copertura D&O per l'amministratore in caso di fallimento

Non appena una persona giuridica è sovraindebitata (o non è in grado di pagare la maggior parte delle fatture in scadenza), l'amministratore (spesso CEO) è tenuto, ai sensi del § 15b InsO (legge tedesca sull'insolvenza), a dichiarare il fallimento. Se viola tale obbligo, è personalmente responsabile nei confronti dei creditori che, dopo tale data, acquisiscono crediti nei confronti della società.

Finora un amministratore poteva contare sul fatto che la polizza D&O si sarebbe fatta carico di tale rischio. Ora, la Corte d'appello di Francoforte sul Meno (sentenza del 5.3.2025, 7 U 134/23) ha stabilito che l'assicurazione non è tenuta a pagare, poiché un amministratore deve conoscere lo status di una società e quindi viola consapevolmente i propri obblighi se, invece di dichiarare il fallimento, lascia che la società continui la propria attività.

Questa sentenza è particolarmente svantaggiosa per i creditori, poiché la responsabilità degli amministratori, che di norma non dispongono di un patrimonio personale sufficiente, può risultare vana. Ogni creditore avrebbe preferito una decisione a favore della copertura assicurativa.

Cessione di partecipazioni di una Srl e violazione della clausola di prelazione statutaria

Con la sentenza n. 1490/2025, il Tribunale di Firenze ha affrontato un tema spesso oggetto di controversie: la cessione di partecipazioni sociali in violazione di una clausola di prelazione prevista dallo statuto.

La violazione di tale clausola comporta l'inopponibilità della cessione sia alla società che ai soci titolari del diritto di prelazione, oltre all'obbligo di risarcire il danno eventualmente causato. In altre parole, se la clausola di prelazione è inserita nello statuto (e non solo in un patto parasociale), essa assume valore "organizzativo" e può essere fatta valere anche dai soci esclusi, non solo dalla società. Questo conferisce alla clausola efficacia verso terzi, rendendo il trasferimento relativamente inefficace se avvenuto in violazione della stessa.

I cedenti avevano eccepito la carenza di legittimazione passiva dei soci pretermessi, rilevando che solo la società potesse eccepire l'inopponibilità della cessione, ma il Tribunale ha smentito tale tesi. Tuttavia, l'inefficacia della cessione non è automatica: il socio pretermesso deve agire in giudizio, dimostrando non solo la violazione della clausola, ma anche l'interesse concreto leso. Tale interesse non può consistere semplicemente nel mancato rispetto della procedura, ma deve tradursi in un interesse patrimoniale all'acquisto della quota. Solo in presenza di questo presupposto è possibile ottenere il risarcimento del danno, anche secondo il criterio equitativo previsto dall'art. 1226 c.c.

Actio pro socio in una GmbH a due soci

Un socio di una GmbH a due soci può far valere i diritti di risarcimento della società nei confronti del suo amministratore e rappresentare la società in giudizio se l'altro socio è soggetto a un divieto di voto, anche senza delibera dei soci ai sensi del § 46 n. 8 GmbHG. In questo caso, l'actio pro socio è inammissibile. Lo ha stabilito la Corte d'appello di Brandeburgo con sentenza del 14.05.2025 (4 U 40/25).

La Corte d'appello di Brandeburgo ha stabilito che l'actio pro socio è ammissibile come legittimazione sussidiaria solo se la società stessa non persegue alcuna pretesa nei confronti dell'amministratore o dei soci e gli strumenti legali falliscono. In caso di inattività degli organi, devono essere prima esaurite le possibilità di influenza previste dalla GmbHG. Se la società può far valere le pretese senza ulteriori indugi, l'actio pro socio non è applicabile.

Ciò vale in particolare in una GmbH con due soci, se il socio interessato è soggetto a un divieto di voto (§ 47 comma 4 frase 2 GmbHG). In questo caso non è necessaria alcuna delibera dei soci, per cui il requisito della delibera ai sensi del § 46 n. 8 GmbHG costituirebbe una formalità superflua. Il socio rimanente con diritto di voto può rappresentare la società in giudizio o nominare un rappresentante legale.

Società a responsabilità limitata: omissioni riguardanti il libro delle decisioni dei soci ed impugnazione della delibera

Il Tribunale di Milano, con sentenza n. 91/2025 del 7 gennaio 2025, ha affrontato un tema cruciale per la governance delle società a responsabilità limitata: la regolare tenuta del libro delle decisioni dei soci. La pronuncia offre spunti rilevanti per comprendere le implicazioni giuridiche derivanti da omissioni o irregolarità nella documentazione societaria.

La sentenza distingue chiaramente tra inesistenza e annullabilità della delibera assembleare. L'inesistenza si configura solo quando lo scostamento dalla forma legale è talmente grave da impedire di riconoscere l'atto come una delibera. Per quanto concerne l'annullabilità non ogni errore o incompletezza nel verbale comporta l'invalidità della delibera. È necessario che il vizio sia tale da impedire l'accertamento del contenuto, degli effetti e della validità della decisione.

L'art. 2478, n. 2 c.c., impone la trascrizione del verbale nel libro delle decisioni dei soci. Tuttavia, la Corte chiarisce che tale trascrizione non è condizione di validità o esistenza della delibera. La sua omissione costituisce una mera irregolarità formale. Nonostante la trascrizione non sia essenziale per la validità, la sua mancanza comporta conseguenze significative, quale l'impugnabilità (per altri motivi) senza limiti di tempo: in assenza di una data certa di trascrizione, non decorrono i termini previsti dall'art. 2479-ter c.c. per l'impugnazione. Il socio può quindi contestare la delibera in qualsiasi momento. Inoltre la mancata trascrizione rende

impossibile dimostrare con certezza la data della delibera, indebolendo la posizione della società in eventuali contenziosi.

La sentenza del Tribunale di Milano sottolinea l'importanza della corretta tenuta dei libri sociali, non tanto per la validità intrinseca delle delibere, quanto per la tutela della certezza giuridica e la prevenzione di controversie. Le società sono quindi chiamate a una maggiore diligenza nella gestione documentale, al fine di garantire trasparenza e stabilità nelle relazioni societarie.

Facendo un confronto con la normativa tedesca in materia di società a responsabilità limitata, ove tali incombenzi formali non sono imposti dal legislatore, l'Italia si conferma essere un ordinamento particolarmente attento alle forme.

PROPRIETÀ INTELLETTUALE

I colori dello champagne

Un'azienda italiana era riuscita sorprendentemente a registrare il marchio "Nero Champagne" presso l'Ufficio dell'Unione europea per la proprietà intellettuale (EUIPO), senza che ciò comportasse alcuna modifica dei requisiti per la denominazione di origine protetta "Champagne". Il Tribunale dell'Unione Europea ha annullato il marchio su opposizione dei viticoltori francesi; in linea di principio è consentito utilizzare denominazioni di origine protette nei marchi, ma solo se ciò non induce in errore il pubblico. Nel caso in esame, tuttavia, i consumatori potrebbero effettivamente essere indotti a credere all'esistenza di uno champagne "nero". Secondo le specifiche della denominazione di origine protetta, uno champagne può essere solo bianco o rosé (Tribunale dell'Unione Europea, 25.06.2025, T 239/23).



Cammello champagneise

I sandali Birkenstock non sono opere d'arte

La Corte federale di giustizia ha stabilito che i sandali Birkenstock non sono opere d'arte applicata protetta dal diritto d'autore (sentenza del 20.2.2025, I ZR 16/24). Birkenstock deve quindi perseguire gli imitatori con altri mezzi, non potendo far valere una violazione del diritto d'autore.

PRÜFUNGSAUFGABE FÜR NICHTVEGANE JUNGE JURISTEN

Stellt euch vor, Ihr habt ein japanisches „Wagyu“-Rind im Garten, das aus lauter leckerem Kobe-Fleisch besteht; über 1.000,00 Euro/kg für sein Filet!! Bei einem Tanzfest im Garten verstaucht sich das Rind das linke Bein. Euer Ex-Freund, der Tierarzt, verabreicht ihm ein Schmerzmittel – das Tier ist wieder fit und kann mit euch zum Schlachthaus trotten. Dort erfahrt Ihr die Katastrophe: Durch die Einnahme des Schmerzmittels ist das Fleisch nicht mehr 1000 Euro/kg wert, aber auch nicht mehr 100 Euro/kg, wie bei einer Notschlachtung, sondern NULL Euro – das Fleisch ist unverkäuflich

Ihr klagt gegen den Tierarzt auf 40.000 Euro Schadensersatz, basierend auf 100 Euro/kg des Fleischpreises bei einer Notschlachtung, also noch weit unter dem Wert des Tieres. Haftet der Tierarzt?

Wir freuen uns natürlich über Zuschriften, die, wenn sie es verdienen, auch prämiert werden; aufmerksame Kandidaten werden aber den entschiedenen Fall vom OLG Frankfurt (Urteil vom 3.6.2025, 3 U 199/23) in den Entscheidungssammlungen finden. Im nächsten Heft die Auflösung!

LESEEMPFEHLUNG

Fiete Kalscheuer hat in der LTO vom 29.7.2025 auf eine interessante Änderung des hessischen Polizeigesetzes hingewiesen. Der hessische Gesetzgeber sieht die Aufgabe der Polizei nunmehr nicht nur in der Kriminalprävention, sondern auch in der „Stärkung des Sicherheitsgefühls“. Da damit für einen Polizeieingriff eine objektive Tatsachenlage nicht mehr erforderlich ist, kann ein Missbrauch kaum noch als solcher bewertet werden. Kalscheuer spricht von einer „Irrationalisierung des Rechts“, die weiter voranschreitet („Wenn das Polizeirecht plötzlich Gefühle schützt“).

<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/hessen-polizei-gesetz-sicherheitsgefuehl-verfassungswidrig-kriminalitaet-gefahr>



TEST PER GIOVANI GIURISTI NON VEGANI

Immaginate di avere nel vostro giardino un manzo giapponese "Wagyu", composto interamente da deliziosa carne di Kobe; oltre 1.000,00 euro al kg per il suo filetto! Durante una festa danzante in giardino, il manzo si sloga la zampa sinistra. Il vostro ex fidanzato, che è veterinario, gli somministra un antidolorifico: l'animale è di nuovo in forma e può trottare con voi al macello. Lì scoprite la catastrofe: a causa dell'assunzione dell'antidolorifico, la carne non vale più 1000 euro al kg, ma nemmeno 100 euro al kg come in caso di macellazione d'urgenza, bensì ZERO euro: la carne è invendibile.

Fate causa al veterinario per un risarcimento danni di 40.000 euro, basato sul prezzo della carne di 100 euro al kg in caso di macellazione d'urgenza, quindi ancora molto al di sotto del valore dell'animale. Il veterinario dovrà pagare ?

Siamo naturalmente lieti di ricevere risposte che, se meritevoli, saranno anche premiate; i candidati attenti troveranno però il caso deciso dalla Corte d'appello di Francoforte (sentenza del 3.6.2025, 3 U 199/23) nelle raccolte di giurisprudenza. La soluzione nella prossima newsletter!

CONSIGLIO DI LETTURA

Fiete Kalscheuer ha segnalato nell'LTO del 29.7.2025 un'interessante modifica alla legge sulla polizia dell'Assia. Il legislatore dell'Assia ritiene che il compito della polizia non sia più solo quello di prevenire la criminalità, ma anche quello di "rafforzare il senso di sicurezza". Poiché ciò significa che non è più necessario che sussistano fatti oggettivi per un intervento della polizia, è difficile valutare se si tratti di un abuso. Kalscheuer parla di una "irrazionalizzazione del diritto" che continua a progredire ("Wenn das Polizeirecht plötzlich Gefühle schützt").

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI

Partnerschaftsgesellschaft mbB



Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 92 07 15-0 · email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano
Tel: +39 02 76 8 10 29 · email: dlmi@dolce.it

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · email: dlmo@dolce.it

Werastrasse 22 · D-70182 Stuttgart
Tel: +49 711 236 42 91 · email: info@dolce.de

Ridlerstraße 33 · D-80339 München
Tel: +49 89 599 186 26 · email: info@dolce.de

Via Amendola 104 · I-70126 Bari
Tel: +39 - 080 512 99 49 · email: dlba@dolce.it

Via Mantica 7 · I-33100 Udine
Tel: +39 - 0432 295134 · email: info@dolce.de